

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

60. Sitzung
15. Juni 2015

Beginn: 12.02 Uhr
Schluss: 14.38 Uhr
Vorsitz: Dr. Wolfgang Albers (LINKE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelles aus der Senatsverwaltung

[0045](#)
GesSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0247](#)
**Pflegekammer in Berlin – Wie sieht die Akzeptanz
nun wirklich aus?** GesSoz
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0255](#)
Ergebnisse und Bewertungen der auf freiwilliger
Basis beruhenden Befragung der Pflegenden zur
Pflegekammer in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU) GesSoz

Ich nehme an, dass ein Wortprotokoll dazu gewünscht wird. – Ich begrüße zu dieser Anhörung Frau Vogler vom Landespflegerat Berlin-Brandenburg, Herrn Meißner von der Allianz Pflegekammer Berlin, Herrn Boeddinghaus, der auch gerade eingetroffen ist, vom Bundesverband für freie Kammern e.V., Frau Kistler, die Geschäftsführerin der Pflegekammer in Rheinland-Pfalz, Herrn Kunkel von Verdi Berlin-Brandenburg, Herrn Thomes, Leiter der Gesundheits- und Sozialpolitik beim Caritasverband für das Erzbistum, und Herrn Matz, Geschäftsführer des Diakonischen Werks Berlin, beide für die Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege. Ich bedanke mich für Ihr Erscheinen und möchte Sie bitten, gleich bei Ihren einzelnen Vorträgen zumindest zu berücksichtigen, dass ein Zeitrahmen von fünf Minuten vorgegeben ist. Wir haben, wie Sie sehen, viele Anzuhörende und wollen möglichst lange diskutieren.

Die Begründung für diesen Anhörungspunkt übernehme ich für die Fraktion Die Linke selber. Ich mache es kurz und hoffe, dass die Koalitionsvertreter das nachher ebenso machen, damit wir reichlich Zeit für die Diskussion mit den Gästen haben. – Aus den Pflegeverbänden heraus kommt vermehrt der Ruf nach einer Pflegekammer. Ob das auch Wunsch der Beschäftigten ist, sollte über eine vom Senat in Auftrag gegebene Studie der Alice-Salomon-Hochschule geklärt werden. Diese Studie liegt vor. Über das Ergebnis der Studie hat mir Frau Vogler geschrieben, da gebe es fragwürdige Umdeutungen. Dem stimme ich, Frau Vogler, voll zu, und genau deswegen wollen wir heute darüber diskutieren und gleichzeitig die Frage aufwerfen, ob eine Pflegekammer möglicherweise ein Instrument sein kann, um die Probleme, die in der Pflege unzweifelhaft vorhanden sind, auch zu lösen. – Möchte von den Koalitionsfraktionen jemand begründen? – Frau Radziwill, bitte!

Ulker Radziwill (SPD): Ich begrüße alle ganz herzlich und freue mich auf die heutige Anhörung. Für meine Fraktion, aber auch für die Koalition möchte ich das wie folgt begründen: Wir haben im Koalitionsvertrag festgehalten, dass wir prüfen wollen, ob für Berlin eine Pflegekammer ein Weg ist oder nicht. Erklärtes Ziel war, eine Befragung dazu zu machen. Eine Befragung liegt vor. Wir möchten gern herausarbeiten, wie diese Befragung bewertet wird. Wir möchten auch Informationen zu dieser Befragung hier im Ausschuss austauschen und das Pro und Kontra insgesamt bewerten. Es gibt in der Koalition noch kein abgestimmtes Bild dazu. Deshalb ist so eine Anhörung wichtig, in der wir von den Experten herausarbeiten lassen können, ob eine Pflegekammer der richtige Weg ist, um die Sorgen, Nöte und Veränderungsanforderungen aufzunehmen, die uns aus dem Bereich der Pflege, der Pflegekräfte mitgeteilt und übermittelt werden, oder ob auch andere Wege möglich sind. Insbesondere finde ich es sehr gut, dass jetzt wohl auch eine Onlinebefragung bei den Auszubildenden gestartet worden ist. Deshalb werden wir auch da die Ergebnisse abwarten. Insgesamt können wir uns heute erst mal die Ergebnisse von den Expertinnen und Experten bewerten lassen. Das Pro und Kontra müssen wir dann in weiteren Beratungen hier gemeinsam besprechen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Radziwill! – Herr Krüger, bitte!

Joachim Krüger (CDU): Ich will es auch ganz kurz machen. – Danke erst mal, dass Sie alle heute den Weg zu uns gefunden haben, sicherlich mit ganz unterschiedlichen Standpunkten, die wir gleich hören werden!

Wir sind der Auffassung, dass hier eine sehr interessante, sehr ausgewogene und in ihren Ergebnissen doch sehr eindeutige Abfrage stattgefunden hat. Alles Weitere – pro und kontra – werden wir sicherlich noch hören. Wir verschließen uns nicht unterschiedlichen Argumenten. Letztendlich wollen wir, dass für die Betroffenen das Beste herauskommt und dass ihr Vermögen, Auge in Auge mit anderen zu diskutieren, gestärkt wird. Wenn das dann der Fall ist, wären wir zumindest sehr zufrieden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Krüger! – Dann kommen wir zur Anhörung. Ich schlage vor, dass wir mit Frau Vogler beginnen – wenn Sie einverstanden sind. – Bitte!

Christine Vogler (Landespflegerat Berlin-Brandenburg): Herzlichen Dank! – Sehr geehrte Damen und Herren des Ausschusses für Gesundheit und Soziales des Abgeordnetenhauses, herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier als Vertreterin der professionell Pflegenden in dieser Stadt sprechen zu dürfen! Aus unserer Sicht sind die Ergebnisse der durch die Alice-Salomon-Hochschule durchgeführten Studie ein deutliches Zeichen für eine sehr hohe Akzeptanz der Pflegekammer unter den Pflegenden in Berlin. Die Studie wurde repräsentativ durchgeführt. Ihre Vorbereitung und Durchführung war zu jeder Zeit angemessen und nachvollziehbar durch das Team um Frau Prof. Kollak über die Homepage der Hochschule, aber auch persönlich dargestellt. Es wurden viele Informationsveranstaltungen dazu angeboten. Per Mail waren die Kolleginnen und Kollegen jederzeit ansprechbar für Nachfragen. In der Vorbereitung des Studiendesigns wurden sowohl Befürworter als auch Kritiker der Studie beteiligt. Die Auswahl der befragten Pflegenden entsprach der vorher ermittelten prozentualen Verteilung der examinierten Pflegenden in den jeweiligen Einsatzbereichen.

Die Ergebnisse sahen im Detail wie folgt aus – ich nehme nur die ganz klaren Dinge: 58,8 Prozent der Pflegenden, die befragt wurden, ob sie eine Pflegekammer befürworten, antworteten eindeutig mit Ja. 17,1 Prozent sprachen sich dagegen aus; 13,8 Prozent konnten oder wollten das nicht beurteilen; 4,5 Prozent sagten, das sei ihnen egal, und 5,8 Prozent machten keine Angaben. – Damit erreicht das Land Berlin im Rahmen der bereits befragten Bundesländer – es gab ja in vielen Bundesländern bereits Befragungen – die eindeutigste Abstimmung und damit die Befürwortung einer eigenen Kammer durch die Pflegenden.

Zur Bewertung der Befragungsergebnisse: Die Mehrheit der Befragten hat der Mitgliedschaft auch mit Mitgliedsbeiträgen zugestimmt – das zu der Umdeutung. Dies geht aus der öffentlich zugänglichen Studie klar hervor. Das Interesse an der Einrichtung einer Pflegekammer ist also bei den Befragten in Berlin ausgeprägt vorhanden. Der Wunsch der zahlenmäßig größten Berufsgruppe im Gesundheitswesen nach mehr Einfluss auf eine professionelle pflegerische Versorgung der Bevölkerung muss jetzt von der Politik ernst genommen und umgesetzt werden. Die pflegerische Versorgung der Berliner Bevölkerung stellt alle Beteiligten für die Zukunft vor große Probleme. Die Schaffung einer Pflegekammer ist aus unserer Sicht ein unglaublich wichtiger Baustein. Es geht hier nicht darum – ich will das noch einmal sagen –, dass sich die Pflegenden einen hübschen Ort schaffen, an dem sie sich zusammenraffen können, sondern darum, gesellschaftliche Versorgung zu sichern und pflegerische Aspekte intraprofessionell diskutieren zu können – darum geht es. Diesen Raum haben wir heute nicht.

Mit der Kammer erhält die Pflege eine demokratisch legitimierte berufspolitische Vertretung. 21 000 Pflegekräfte haben wir laut Statistischem Bundesamt in dieser Stadt. Mit einer Selbst-

verwaltung befreit sich der Berufsstand Pflege von der Fremdbestimmung: Innerhalb der bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen erhält er das Recht, seine Angelegenheiten selbst zu regeln. Vorgaben, die von den Berufsangehörigen selbst erarbeitet werden, haben in der Berufspraxis dann auch einen höheren Umsetzungsgrad. Die Pflegekammer wird den Wert der Pflege stärker in das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein rücken und an diesem Bild arbeiten können. Die Pflegekammer wird wichtige Impulse zur Weiterentwicklung der Pflegepraxis aus der eigenen Berufsgruppe heraus geben können. Wir – 21 000 Pflegekräfte in Berlin – haben heute dieses Forum nicht.

Mit Empfehlungen und Pilotprojekten kann die Pflegekammer wertvolle fachliche Vorarbeiten für gesetzliche Regelungen leisten und damit die Politik unmittelbar und für die Gesellschaft unterstützen. Die Meldepflicht, die oft angegriffen wird, ist keine Meldepflicht nach dem Motto „Ich muss mich melden, und das ist ganz schrecklich“, sondern gibt Transparenz darüber, wie viele Pflegenden wir haben, wie viele wir in der Zukunft brauchen, wie viele Ausbildungsplätze wir schaffen müssen und welche Prognosen wir generell zum künftigen Bedarf haben. Wir haben heute keine angemessene Pflegeberichterstattung in diesem Land. Uns steht nichts zur Verfügung außer der Zahl der Abschlüsse, die jährlich gemacht werden. Wo aber die Menschen verbleiben, in welchen Bereichen und mit welchen Arbeitszeiten sie arbeiten, darüber haben wir nichts zur Verfügung und können deswegen auch keine Planung machen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Vogler! – Dann bitte ich jetzt Herrn Meißner.

Thomas Meißner (Allianz Pflegekammer Berlin): Vielen Dank! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Senator! Herr Staatssekretär! Herr Vorsitzender! Sie werden nicht verwundert sein, dass ich mich den Ausführungen meiner Vorrednerin anschließe. Trotzdem will ich einzelne Teile hervorheben: Die Befragung hat im November begonnen. Es sind 53 Experteninterviews durchgeführt worden, mit Befürwortern und Gegnern. Wir haben in dieser Befragung also aus den Ergebnissen der anderen Bundesländer gelernt. Uns war es wichtig, in Berlin Befürworter, aber auch Kritiker einer Pflegekammer in die Diskussion einzubeziehen. Am 14. Oktober ist das in einer öffentlichen Veranstaltung noch einmal deutlich geworden. Gerade von der Dienstleistungsgesellschaft Verdi sind Argumente eingeflossen, einmal in den Flyer, aber auch in das Befragungsdesign: Man hat in den Flyer fünf Punkte dafür und fünf Punkte dagegen aufgenommen, die am häufigsten genannt wurden.

Im April ist das Ergebnis vorgestellt worden – die Einzelvotierungen sind eben genannt worden. Für mich ist erstaunlich, wie jetzt eine Diskussion darüber geführt werden kann, wie hoch die Akzeptanz ist. Diese Diskussion hätte aus unserer Sicht vor mehreren Monaten geführt werden können. Mir ist auch nicht bekannt, dass in Deutschland eine flächendeckende Diskussion stattgefunden hätte, das Kammersystem prinzipiell abzuschaffen, also eine offizielle Diskussion, dass die Ärztekammer, die Steuerberaterkammer usw. überflüssig seien. Nein! Wir haben uns den Fragen von Befürwortern und Kritikern in Berlin gestellt. Wir haben ein entsprechendes neutrales Design entwickeln lassen, und wir haben die Berufsgruppe befragt. Jetzt haben wir ein eindeutiges Ergebnis – jedenfalls finde ich das. Wenn ich den politischen Raum ansehe und wie manchmal Eindeutigkeiten in der Öffentlichkeit dargestellt werden, dann sind zumindest aus unserer Sicht fast 60 Prozent nun wirklich eindeutig. Diese Berufsgruppe hat gesagt: Ja, wir wollen in diese Richtung gehen! – Wir finden, das hat sie auch

verdient. Gerade in der Diskussion um ein Berufegesetz in der Bundesrepublik Deutschland ist es mehr als normal, dass eine Berufsgruppe ihre fachlichen Angelegenheiten selbst in die Hand nimmt – das ist eben von Frau Vogler ausgeführt worden.

Insofern glauben wir als Allianz Pflege, dass hier ein Weg gegangen worden ist, der die Erfahrungen der einzelnen Bundesländer aufgenommen und versucht hat, Fehler zu vermeiden, der in erster Linie aber versucht hat, die Akzeptanz zu erhöhen. Aus unserer Sicht gibt es keine demokratische Abstimmung, in der es 100 Prozent Zustimmung gibt. Demokratie funktioniert anders. Insofern sind wir sehr dankbar über das Ergebnis, das aus unserer Sicht – wie ich eben sagte – überwältigend ist. Wir hoffen, dass das Abgeordnetenhaus von Berlin, die Regierungsfractionen diesem Wunsch der 21 000 beruflich Pflegenden im Land Berlin nachkommen und daran arbeiten, dass diese Berufsgruppe ihre Aufgaben zum Wohl der Versorgung der Bevölkerung selbst in die Hand nehmen kann. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Meißner! – Herr Boeddinghaus, bitte!

Kai Boeddinghaus (Bundesverband für freie Kammern e. V.): Guten Tag, meine Damen und Herren! Zunächst bedanke ich mich sehr für die Einladung hier in den Ausschuss! Ich möchte gleich am Anfang klarstellen, dass ich für den Bundesverband für freie Kammern hier nicht als Pflegeexperte auftrete. Aber wir im Verband bilden uns ein – und ich selbst bilde mir das ein –, so etwas wie ein Kammerexperte zu sein, weil ich mich seit Jahren mit diesem Thema auseinandersetze. – Die markante Überschrift der Befürworter der Einführung einer Pflegekammer lautet, die Pflege könne dann mit einer Stimme sprechen. Ich will die Kritik an der Studie nicht wiederholen. Aber wenn man sich bereits damit auseinandersetzt, merkt man, dass die Frage, inwieweit sich die Pflegekräfte tatsächlich mit ihrer Stimme einbringen konnten oder nicht bzw. inwieweit das umgedeutet wurde – – diese Kritik an der Studie teilen wir.

Die Argumentation für diese Zwangspflegekammer lebt von der Erweckung des falschen Eindrucks – und zwar nicht nur in Berlin, sondern auch in den anderen Bundesländern – über das Potenzial der Pflegekammer bei der Interessenvertretung. Interessenvertretung ist der neuen Pflegebehörde aber im Kern verwehrt. Im Subtext wird aber immer wieder – insbesondere gegenüber den Pflegekräften – offensiv Reklame mit der Möglichkeit einer Interessenvertretung gemacht. Wir haben uns die Frage gestellt – und ich möchte sie Ihnen einfach weitergeben –, ob sich in diesem Kontext irgendjemand schon einmal die Frage gestellt hat, ob die bestehenden Arbeiterkammern im Saarland oder in Bremen in irgendeiner Weise relevant dazu beigetragen hätten, die Arbeit so aufzuwerten, wie die Pflegekammern die Pflege aufwerten sollen. Im Hinblick auf die Frage, ob da mit einer Stimme gesprochen werden kann, wird deutlich, dass das bundesweit schon ausgeschlossen ist: Hamburg ist ausgeschert; Bayern wird die Pflegekammer in dieser Form wohl nicht einrichten; im Saarland und in Bremen ist es völlig unrealistisch, dass es zu den bestehenden Arbeiterkammern noch eine Pflegekammer gibt. Es wird im Föderalismus also nicht überall Pflegekammern geben, und selbst die Befürworter wissen, dass es auch in Zukunft viele Stimmen geben wird. Auf der Internetseite des Fördervereins hier in Berlin habe ich gelesen, dass man mittlerweile von einem „Dreiklang“ spricht. Dennoch bleibt es bei der Phrase von der Pflegekammer als einer Stimme für die Pflege. Besonders bemerkenswert finde ich, dass die aus rein europarechtlichen Gründen vorgenommene Ausklammerung der Pflegehilfskräfte zu dem Ergebnis führt, dass selbstverständlich keine Rede von einer Stimme für die Pflege sein kann.

Einrichtung einer Pflegekammer für das Land Berlin



Mit der Pflegekammer spricht die Pflege mit einer Stimme ?!

- Mitsprache bei der Einführung?!
 - bewusst und unbewusste falsche „Eindrucks-erweckung“ beim Thema Interessenvertretung
 - „eine Stimme der Pflege“ schon bundesweit unrealistisch
 - „eine Stimme der Pflege“, „Dreiklang“ (Förderverein-Pflegekammer Berlin“ - oder einfach demokratischer Pluralismus
 - „eine Stimme der Pflege“ ohne die Pflegehilfskräfte?!
-
- Mit einer Pflegekammer bekommt die Pflege eine Behörde, sicher auch eine weitere Stimme, sicher aber nicht **eine** Stimme

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

Montag, 15. Juni 2015
Anhörung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales – „Pflegekammer für Berlin“

Die Pflegekammer ist aus unserer Perspektive nichts anderes als eine verkappte Sonderabgabe der Pflegekräfte. Es gibt in dieser Debatte zumindest einen Konsens, nämlich dass die Pflege gestärkt und aufgewertet werden soll – das ist erfreulich. Wenn jemand auf die Idee käme, zur Finanzierung der Stärkung der Pflege eine Abgabe nur von den Pflegekräften zu erheben, wäre das politisch nie durchsetzbar. Wenn man sich zudem überlegen würde, welche Ressourcen in diesem Kontext eingesetzt werden – in Berlin rechnet man mit ungefähr 1,3 Millionen Euro für die Pflegekammer –, dann ist dieser Betrag angesichts dessen, was da wohl an Bedarfen im Raum steht, viel zu wenig. Nun wird also eine Sonderabgabe der Pflegekräfte als Mitgliedsbeitrag verkauft, und das soll dann die Pflege stärken.

Einrichtung einer Pflegekammer für das Land Berlin



Die Pflegekammer – eine verkappte Sonderabgabe der Pflegekräfte

- Es gibt in der Debatte zumindest einen Konsens: die Pflege soll gestärkt, aufgewertet werden
- Käme jemand auf die Idee, der Einführung einer Sonderabgabe zur Aufwertung der Pflege, die ausgerechnet von den Pflegekräften aufzubringen sei, der Aufschrei wäre riesengroß. Dass ausgerechnet die ökonomisch schwächsten im System das bezahlen sollen, wäre politisch nie durchsetzbar.
- Nun wird diese Sonderabgabe als Mitgliedsbeitrag einer Pflegekammer verkauft

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

Montag, 15. Juni 2015
Anhörng des Ausschusses für Gesundheit und Soziales – „Pflegekammer für Berlin“

Aber was ist eine Kammer? – Das Erschreckendste war für uns, festzustellen, dass die meisten Befürworter der Pflegekammer offensichtlich überhaupt nicht wissen, was das ist, wie sie funktioniert und was sie vor allem nicht kann. Das wird vor allen Dingen daran deutlich, dass wie selbstverständlich von einer Pflegekammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts nur als Zwangsveranstaltung gesprochen wird. Es ist durchaus denkbar, Körperschaften des öffentlichen Rechts auch auf freiwilliger Basis mit der Übernahme hoheitlicher Aufgaben zu organisieren: Die Innungen im Handwerk zeigen das; es gibt in Verbänden und Vereinen die Übernahme von hoheitlichen Aufgaben. Das ist eine Selbstverständlichkeit in unserem Land, hat aber in dieser auf Zwangskammer fixierten Debatte keinen Raum.

Aus unserer Perspektive – und das will ich in aller Schärfe sagen – grenzt es an Überheblichkeit, dass sich die Befürworter der Zwangspflegekammern zudem mit den seit Jahren dokumentierten strukturellen Mängeln im Kammerwesen – ich meine hier ausdrücklich den Mangel an Demokratie und Transparenz – nicht ansatzweise auseinandersetzen. Entweder wird das tapfer ignoriert – ich habe an vielen Veranstaltungen teilgenommen –, oder man tut so, als würden sich diese Missstände nun ausgerechnet in den Pflegekammern nicht wiederholen – warum auch immer. Ich habe jedenfalls noch keine konkreten Vorschläge gesehen, aus denen hervorgeht, wie man diesen bekannten Defiziten entgegenwirken will.

Einrichtung einer Pflegekammer für das Land Berlin



Was ist eine Kammer?

- eine Kammer ist eine Behörde (Olaf Lies, SPD, Wirtschaftsminister in Niedersachsen)
- eine Kammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts kann selbstverständlich auch ohne Zwangsmitgliedschaft mit öffentlichen Mitteln im Wege des Subsidiaritätsprinzips hoheitliche Aufgaben erfüllen. Das ist Alltag in Deutschland (Bsp.: TÜV, Kinder- und Jugendarbeit, IHK Berlin, HK Hamburg, Innungen, Bayerischer Bauernverband)
- die bisherigen Erfahrungen mit Kammern zeigen, dass diese sämtlich mit erheblichen Mängeln behaftet sind (Demokratie- und Transparenzdefizite). Es ist in keiner Weise erkennbar, dass diese Erfahrungen bei der Einführung von Pflegekammern eine Rolle spielen. Die Befürworter behaupten einfach, dass in den neuen Pflegekammern alles gut wird. Wer dies behauptet, ohne eine ernsthafte Auseinandersetzung mit solchen vielfach dokumentierten Erfahrungen und ohne praktische Konsequenzen für die Gesetzgebung, ist nicht glaubwürdig.

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

Montag, 15. Juni 2015
Anhörng des Ausschusses für Gesundheit und Soziales – „Pflegekammer für Berlin“

Als Fazit kann man festhalten: Ein wirklich zusätzlicher Ressourceneinsatz findet nicht statt. Das Wenige an zusätzlichen Ressourcen sollen die Pflegekräfte – gerade die Schwächsten im System – selbst finanzieren. Und ausgerechnet eine Selbstverwaltungsbehörde – aber eben eine Behörde! – mit allen bekannten Defiziten in den Bereichen Demokratie und Transparenz soll die Pflege stärken. Ich kann Ihnen nur sagen: Das wiederholt all das Negative, was wir an Erfahrungen mit anderen Kammern gemacht haben. Ich will zum Schluss ausdrücklich sagen: Wir sind keine Kammergegner, wir sind große Kammerfreunde. Wir finden die Selbstverwaltung der Wirtschaft klasse. Aber sie muss gut organisiert sein, und es zeigt sich hier in der Pflege, dass all das, was wir an Schlechtem kennen, leider wohl wiederholt werden soll.

Einrichtung einer Pflegekammer für das Land Berlin



Fazit

- Wenn jemand käme und würde angesichts der fehlenden Ressourcen in der Pflege für ganz Deutschland nur 40 Mio. (für Berlin ca. 1,3 Mio.) anbieten, wäre der Aufschrei groß. Denn das ist offensichtlich zu wenig.
- Käme jemand auf die Idee, ausgerechnet von den Pflegekräften eine Sonderabgabe zur Stärkung der Pflege zu verlangen, der Aufschrei wäre groß. Denn selbstverständlich ist das eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und die Pflegekräfte ökonomisch die schwächsten im System.
- Aber ausgerechnet eine Zwangs-Pflegekammer (Behörde – mit allen bekannten Defiziten) mit einer im Verhältnis zu den Ressourcen-Problemen der Pflege minimalen Ausstattung – einer Ausstattung, die zudem nur der Selbstbeschäftigung dient – , jedoch finanziert durch eine Sonderabgabe der Pflegekräfte soll die prioritären Probleme lösen?

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

Montag, 15. Juni 2015
Anhörng des Ausschusses für Gesundheit und Soziales – „Pflegekammer für Berlin“

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Boeddinghaus! – Frau Kistler, bitte!

Anja Kistler (Geschäftsführerin der Pflegekammer Rheinland-Pfalz): Guten Tag, Herr Vorsitzender! – Sehr verehrte Anwesende! Ich freue mich sehr, hier eingeladen zu sein, denn wir in Rheinland-Pfalz haben die erste Kammer bundesweit. Und, das ist ein großer Verdienst der SPD: Eine SPD-geführtes Ministerium hat es unter der Leitung von Herrn Schweitzer und jetzt unter der Vollendung von Frau Bätzing-Lichtenthäler geschafft, dass die Angehörigen des Landtags in Rheinland-Pfalz einstimmig die Änderung des Heilberufsgesetzes verabschiedet haben. Das war ein längerer Prozess. Rheinland-Pfalz ist nicht den Weg gegangen, dass man eine repräsentative Befragung gemacht hat, sondern hat vorweg ein Meinungsbild erhoben. Bei diesem kamen 75,8 Prozent Pro-Stimmen zustande, und dann ist man den politischen Weg weitergegangen. Denn die Frage war, wie man die Forderung, dass die Pflegeberufe gestärkt werden sollen, aus einem einfachen Lippenbekenntnis herausbekommt, und das in einem System, in dem Selbstverwaltung letztendlich die Maxime ist. Denken Sie an den Gemeinsamen Bundesausschuss und andere Institutionen, wo Entscheidungen getroffen werden, an denen die Pflege nicht beteiligt ist. Wie kann man nun die Pflege so stärken, dass sie ins System passt?

Man hat also in Rheinland-Pfalz als Vorreiter den Weg auf Landesebene schon einmal gebahnt und die Entscheidung getroffen, die drei Pflegeberufe mit ins Heilberufsgesetz aufzunehmen: Die Pflegeberufe sind Heilberufe wie die anderen Berufe im Heilberufsgesetz auch. Natürlich ist der Nutznießer einer Verkammerung erst einmal der gut gepflegte und gut ver-

sorgte Bürger, denn es geht um das Interesse des Gemeinwohls. Aber ich möchte eine Aufgabe kurz zitieren:

Sie nehmen auch die beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Kammermitglieder in ihrer Gesamtheit wahr.

Dieser kleine Satz von Aufgaben, der im rheinland-pfälzischen Gesetz steht, ist für uns als Landespflegekammer ein sehr wichtiger, weil wir genau da unter anderem natürlich ansetzen wollen.

Wie war der weitere Weg? – Am 17. 12. wurde das Heilberufsgesetz verabschiedet; am 5. 1. wurde der Gründungsausschuss berufen, der jetzt die Wahl und die Registrierung als Vorbereitung vorbereitet. In den Gründungsausschuss sind 13 Mitglieder berufen, 8 kommen aus der Gesundheits- und Krankenpflege, 4 aus der Altenpflege, und eine Kinderkrankenschwester ist dabei. Man hat also auch hier die Berufsgruppen, die zu vertreten sind, berücksichtigt.

Es gibt keine belastbaren Zahlen für Pflegende. Für Rheinland-Pfalz nehmen wir an, dass diese Kammer 40 000 Mitglieder haben wird. Der Gesetzgeber hat eine Unterstützung geliefert, dass die Registrierung überhaupt möglich ist: Bis Ende 2016 werden die Unternehmen Daten ihrer Mitarbeiter, die einen dieser drei Abschlüsse haben, auf Initiative von uns liefern. Der Landesdatenschutzbeauftragte hat dieses Verfahren geprüft und ihm zugestimmt.

Sehr aktiv im Gründungsausschuss ist auch eine Verdi-Vertreterin: Die Vorsitzende des Landesfachbereichsvorstands konnte für diese Aufgabe gewonnen werden, und sie hat auch schon in der Vorform der Gründungskonferenz aktiv mitgearbeitet. Momentan ist die Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Aspekt, also die Kolleginnen und Kollegen in Rheinland darüber zu informieren, worum es eigentlich geht. Man hat sechs Regionen gebildet, und wir haben ungefähr 72 Multiplikatoren, die zur Pflegekammer und zur Registrierung informieren und die Registrierung auf den Weg bringen. Wir haben durch Arbeitgeberunterstützung mittlerweile 20 000 Datensätze. Wir hatten das Problem mit einem Poststreik, deswegen haben wir erst 1 100 abgeschlossene Registrierungen. Wir werden in dieser Woche wahrscheinlich ganz viel Post erhalten. Am Freitag habe ich bereits 120 Registrierungen bekommen.

Es geht nicht nur darum, diese Behörde aufzubauen. Eins ist den Gründungsausschussmitgliedern ganz wichtig: Es geht hier nicht um die Behörde – es geht um eine Serviceinstitution für Pflegende. Wir bereiten jetzt eine Wahl vor. Es werden 81 Vertreter in der Vertreterversammlung sein. Die Wahl ist am 11. 12., und am 25. 1. wird die Vertreterversammlung ihre erste Sitzung haben. Dann wird die inhaltliche Arbeit aufgenommen, genau wie das Heilberufsgesetz es vorsieht. Wir haben eine Listenwahl auf den Weg gebracht. Jede Wahlliste muss 150 Unterstützer haben. Das war bundesweit schon in der Kritik – wieso so viele Menschen? – Man hat einen Maßstab gesucht und sich an die Kommunalwahlen angelehnt. Dort ist es so: Wenn eine Kommune zwischen 30 000 und 40 000 Einwohner hat, dann sind das 150 Unterstützer. Man hat hier also den unteren Pool gewählt.

Pflegekammer geht – das ist die Nachricht aus Rheinland-Pfalz. Die, die momentan die Initiative im Auftrag der Politik tragen, sind Pflegende, die überzeugt sind, dass eine Pflegekammer für die Angehörigen der Pflegeberufe zuträglich ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Herr Kunkel, bitte!

Kalle Kunkel (Verdi – Landesbezirk Berlin-Brandenburg): Erst einmal vielen Dank für die Einladung! Verdi hat sich in der Diskussion um die Pflegekammer in Berlin eindeutig positioniert: Wir halten das für keinen sinnvollen Weg, um die Aufwertung des Pflegeberufs und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Pflegebereich voranzubringen. Ich möchte eine Vorbemerkung machen: Ich finde die zeitliche Taktung, gerade unter symbolischen Gesichtspunkten, interessant. Wir hatten letzte Woche im Kabinett das Krankenhausstrukturgesetz, sozusagen die große angekündigte Krankenhausreform, nach dem in den nächsten drei Jahren bis zu drei zusätzliche Pflegekräfte pro Krankenhaus eingestellt werden sollen. Eine beachtliche Leistung! Wir gehen davon aus, dass in den Krankenhäusern insgesamt 70 000 Pflegekräfte fehlen. Das angekündigte Gesetz kann, wenn es maximal ausgereizt wird, 6 000 bis 7 000 zusätzliche Pflegekräfte in die Krankenhäuser bringen, wenn die Krankenhäuser es vorher schaffen, sich aus irgendwelchen Rationalisierungsreserven, von denen man nicht weiß, wo sie sein sollen, 10 Prozent herauszuschneiden, die sie selbst finanzieren müssen.

Während also auf der Bundesebene ein Schlag ins Gesicht – man kann es nicht anders sagen – der politisch aktiven Pflegekräfte vorbereitet wird, die in den letzten Jahren aktiv waren, um die Situation der Pflege in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen, läuft auf der anderen Seite die Diskussion um die Einrichtung einer Pflegekammer in den verschiedenen Bundesländern, hier vom Senat bzw. vom Gesundheitssenator getragen. Das bringt im Prinzip den Kern des Problems auf den Punkt: Wir haben das Problem, dass wir in der Pflege zu geringe Löhne haben. Wir haben eklatante Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz und gegen die Fürsorgeverpflichtungen vonseiten der Arbeitgeber gegenüber den Beschäftigten, weil die jetzigen Rahmenbedingungen es gar nicht zulassen, angemessen zu pflegen. Das Gesundheitssystem und insbesondere das Krankenhaussystem würden sofort zusammenbrechen, wenn die Beschäftigten darauf bestehen würden, nur das zu leisten, was sie nach ihren arbeitsvertraglichen Regelungen leisten müssen.

Die Interpretation des Problems ergibt sich unseres Erachtens ganz stark aus der Konstellation, die sich in den Krankenhäusern ergibt. Das zeigt sich auch in den Zustimmungswerten der Umfrage, die unter den Pflegekräften der Krankenhäuser am größten ist. Der kurzschlüssige Dreiklang ist sozusagen: Die Ärzte dominieren das System, die Ärzte haben eine Kammer – also braucht die Pflege auch eine Kammer, dann ist sie aufgewertet. Das – und dazu hat Herr Boeddinghaus schon einiges gesagt – beinhaltet einige Kurzschlüsse in Bezug auf das, was eine Kammer leisten kann und was einige Kammern schon leisten. Denn es ist ja kein Zufall, dass immer die Ärztekammer als Vergleichsmaßstab herangezogen wird und nicht z. B. die Psychotherapeuten- und Psychotherapeutinnenkammer, von der man, was die Ausbildungssituation angeht, nun wirklich nicht sagen kann, dass sie dafür Sorge, dass die Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten besonders gut im System abgebildet würden.

Wenn man sich anguckt, was die Kammer genau an Aufgaben haben soll, und zwar dort, wo die Kammerdiskussion schon weiter ist wie z. B. in Schleswig-Holstein, wo ein entsprechender Gesetzentwurf vorliegt, dann wird es relativ schnell dünn: Sie soll zu Gesetzen Stellung nehmen – das können Berufsverbände, Gewerkschaften und Interessenverbände ebenso. Sie soll die Förderung der beruflichen Fort- und Weiterbildung organisieren, sie soll Berufspflichten definieren – sprich: eine Berufsordnung aufstellen –, sie soll an der langfristigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen arbeiten und die Kooperation mit anderen Berufsgruppen fördern. Das ist entweder relativ schwammig, was solche Formulierungen wie „langfristige Ver-

besserung der Arbeitsbedingungen“ angeht, oder aber es ist anders regelbar: Berufspflichten und Berufsordnungen können über die Länderkompetenzen jetzt schon festgelegt werden, wie das z. B. in Bremen der Fall ist. Ähnliches gilt für die Fort- und Weiterbildung. Allerdings stellt sich auch hier die Frage: Wenn wir jetzt schon die Situation haben, dass uns Auszubildende in der Kranken- und der Altenpflege sehr deutlich sagen, dass sie schon während und spätestens nach der Ausbildung gar nicht wissen, wie sie das, was sie in der Ausbildung als Standards gelernt haben, unter den bestehenden Rahmenbedingungen umsetzen sollen – was einer der wesentlichen Gründe ist, warum die Burn-out-Quote, die berufliche Unzufriedenheit und schließlich das Herausgehen aus dem Beruf, das Gehen in Teilzeit usw. so hoch ist –, wenn sie das jetzt schon nicht wissen, was passiert dann, wenn noch zusätzliche Dinge da hineindefiniert werden, was die Berufspflichten angeht?

Damit kommen wir zu einem zentralen inhaltlichen Problem: Die Kammer kann – und ich finde es wichtig, das vom Formalen her zu betonen – in ihren Auswirkungen erst einmal nur auf ihre Mitglieder wirken. Hier wird also eine Lösung für das Problem vorgeschlagen, die auf die Rahmenbedingungen überhaupt keinen Einfluss nehmen kann. Das Einzige, was passieren kann, ist – und das ist so in den konkreten Gesetzentwürfen, wie sie schon vorliegen –, dass die Mitglieder, d. h. die einzelne Pflegekraft, individuell mitverantwortlich dafür gemacht wird, unter den schlechten, politisch vorgegebenen Rahmenbedingungen trotzdem gute Leistungen abzubilden. – Das ist der Kern von dem, was die Pflegekammer kann. Alles andere ist politische Prosa. „Der Pflege eine Stimme geben“ usw. – dazu hat Herr Boeddinghaus schon eine Menge gesagt. Da könnte man mal eine Menge Leute aus den Ärztekammern interviewen, ob die finden, dass die Ärztekammer wirklich die Stimme der Ärzte ist und wer da vorkommt und wer nicht.

In der drastischsten Konsequenz heißt das, dass diese Kammer Vorgaben machen kann – das fängt an bei der Zahlung des Mitgliedbeitrags und kann bis zu Vorgaben von Qualifizierungen gehen, die pro Jahr geleistet werden müssen, wie dies im Gesetzentwurf in Schleswig-Holstein vorgesehen ist. Wenn gegen diese Vorgaben verstoßen wird, kann es Strafen bis zu 20 000 Euro geben. Man muss sich klarmachen, was im Kern wirklich stattfindet: Ein politisches Problem wird an die konkreten Pflegekräfte abgegeben, die unter den schon bestehenden schlechten Bedingungen dann zusätzliche Anforderungen erfüllen müssen – nämlich die, die von der Kammer definiert werden.

Wir haben kein Erkenntnisproblem, wir haben ein Umsetzungsproblem. Dementsprechend ist die Kammer der falsche Weg, das Problem zu lösen. Wir haben ein Problem mit der Krankenhausfinanzierung. Wir haben das Problem, dass es keine Personalvorgaben im Krankenhaus gibt, die besagen, welche Tätigkeiten gemacht werden müssen und welches Personal dafür zur Verfügung gestellt werden muss. Und wir haben einen politisch aktiv gewollten ruinösen Wettbewerb in der Alten- und der ambulanten Pflege, nämlich darüber, dass wir keine Pflegevollversicherung haben, sondern nur eine Teilversicherung, wodurch die Einrichtungen in Konkurrenz zueinander um die Kunden gesetzt werden.

Gleichzeitig spaltet die Kammer, und zwar gleich mehrfach: Es wurde schon angesprochen – die nicht examinierten Pflegekräfte sind raus. Es wird aber – und auch das ist ein bisschen kafkaesk – im ersten Schritt gesagt, wir organisieren jetzt rein die Pflegekräfte, um dann im nächsten Schritt zu sagen, in dieser Organisation organisieren wir dann die Kooperation mit den anderen Berufsgruppen.

Das, was im Krankenhaus oder in der Krankenversorgung im 21. Jahrhundert unseres Erachtens ansteht, ist eine interprofessionelle Diskussion über Aufgabenteilung und über die Organisation des Gesundheitswesens. Dafür ist eine Kammer keine Lösung. – [Beifall aus dem Publikum] –

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Kunkel! – Meine Damen, meine Herren! Hier darf man nicht klatschen! Hier darf man sich was denken, aber man darf es nicht laut äußern, wenn man nicht Abgeordneter oder Anzuhörender ist. – Herr Thomes!

Christian Thomes (Leiter Gesundheits- und Sozialpolitik beim Caritasverband für das Erzbistum): Ich berichte von der Liga; wir sind hier zu zweit als Vertreter. Ich möchte vorab zwei Dinge sagen: Auch in der Liga wird das Thema mit hoher Emotionalität und nicht immer mit einer einheitlichen Linie diskutiert. Wir sehen aber wesentliche Punkte, die wir hier berichten möchten. Wenn man an die Begriffe „Gesundheit“ oder „heilen“ denkt, werden sie in der Regel mit einer Berufsgruppe verbunden – mit den Ärzten, wie wir alle wissen. 80 Prozent der Tätigkeiten, die zum Heilen oder Gesünderwerden durchgeführt werden, werden aber nicht von Ärzten erbracht. Hier sehen wir ganz deutlich, dass der Pflegeberuf unterrepräsentiert ist. Insofern ist die Debatte sehr verständlich, und es ist auch verständlich, dass die Pflege endlich die Aufmerksamkeit bekommen soll, die ihr schon lange gebührt.

Wir haben allerdings folgende Bedenken bei der Einrichtung einer Pflegekammer: Es gibt Erwartungen an diese Kammer, die vom Gesetz her, von der Struktur einer Kammer her nicht von ihr erfüllt werden können. Der Kollege hat es gesagt: Eine adäquate tarifliche Bezahlung, die dem Aufgabenfeld der Pflege gerecht wird, wird von einer Kammer nicht verhandelt. Die psychische und physische Belastung, die dieser Beruf alltäglich mit sich bringt, wird ebenfalls von der Kammer nicht beseitigt. Ein besserer Personalschlüssel, eine bessere Ausstattung der Vergütung von Krankenhäusern, aber auch der ambulanten Pflege wird dadurch nicht hergestellt. Wir werden auch dem Problem nicht Herr, dass die Behandlungspflege in stationären Pflegeeinrichtungen immer noch nicht adäquat bzw. überhaupt nicht vergütet wird, so dass auch hier der Personalmangel weiter strukturell vorhanden ist. Durch die Kammer werden wir ebenfalls nicht die angemessene Vergütung der Pflegehilfsberufe erwirken, da sie diese jedenfalls nicht direkt vertritt.

Als Liga sehen wir die Mängel in der Pflege, wir sehen die schlechte Bezahlung. Wir sehen aber auch die Unterrepräsentierung der Pflege, und insofern stehen wir einer Pflegekammer auch nicht ablehnend gegenüber. Wir weisen aber sehr deutlich darauf hin, dass das, was wir heute in der Debatte erleben und wofür wir uns einsetzen müssen, nicht von der Kammer, sondern von gesetzlichen Strukturen und der Zurverfügungstellung von Geldern erledigt werden kann. Wir befürchten, dass diese Debatte von der eigentlichen Forderung ablenkt, nämlich der nach mehr Geld im System für eine gerechtere Bezahlung und für eine bessere personelle Ausstattung. – Zur Auswertung des Fragebogens und dessen Inhalt übergebe ich jetzt an Herrn Matz.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Herr Matz, bitte!

Martin Matz (Diakonisches Werk): Vielen Dank! – Die Koalitionsfraktionen haben sich ja für heute vor allem gewünscht, dass auch die Befragung ausgewertet wird. Im Zusammenhang mit der Tabelle, die wir erstellt haben und die den Abgeordneten vorhin verteilt wurde,

möchte ich darauf hinweisen, dass wir eine sehr unterschiedliche Situation in den Krankenhäusern und bei der Altenpflege haben: Die Mehrheit, die insgesamt in der Befragung zustande gekommen ist, ist ganz klar durch eine Zweidrittelmehrheit in der Krankenhäusern zustande gekommen, während wir bei der Altenpflege Werte haben, die um die 50 Prozent herumpendeln, in der ambulanten Pflege sogar nur eine Zustimmung von 46,6 Prozent. Dort ist die Mehrheit also keineswegs so eindeutig. Außerdem wollen wir darauf hinweisen, dass die Pflegehilfskräfte, die man nicht in die Verkammerung einbeziehen will, wie die Entscheidung zunächst lautet, hier nicht nach ihrer Meinung gefragt worden sind. Es wäre aber schon eine ganz wesentliche Information gewesen, was die Pflegehilfskräfte über die Einführung der Pflegekammer denken, gerade weil die Befürchtung besteht, dass die Grenze zwischen den Fach- und den Hilfskräften eventuell noch höher gezogen wird, als das heute der Fall ist.

Bei den Kammerbefürwortern fällt außerdem noch auf – was bei den Gegnern weniger überraschend war –, dass jeder oder jede Neunte das mit einer Beitragsfreiheit der Pflegekammer verknüpft hat. Das lässt zweierlei Schlüsse zu: Würde man die von der Zustimmungsrate abziehen, dann würde es doch etwas knapp werden. Aber solche Rechnungen will ich hier gar nicht vorführen. Vor allem bedeutet das, dass es Skepsis auch bei den Befürwortern gibt, was die möglichen Kosten der Pflegekammer angeht. Deswegen wäre es sinnvoll, sich noch mal einen Moment Zeit zu nehmen – an Sie als Gesetzgeber gerichtet – und zu überlegen, ob es vielleicht auch andere Modelle gibt, mit denen man die Stimme der Pflegekräfte in der öffentlichen Auseinandersetzung verbessern kann. Da gibt es in Bayern den Vorschlag einer Körperschaft des öffentlichen Rechts ohne eine Pflichtmitgliedschaft und infolge dessen auch ohne Pflichtbeiträge. Diese Diskussion gibt es auch in anderen Bundesländern und, wie ich es beobachte, auch schon in Berlin. Obwohl wir uns in der Liga dazu noch keine Meinung gebildet haben, wäre es dennoch sinnvoll, neben der strikten Gegnerschaft oder der strikten Befürwortung der Pflegekammer solche Zwischenmodelle zu beleuchten, bevor man zu einer Entscheidung kommt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Matz! – Dann hat jetzt der Senator die Möglichkeit zu einer Stellungnahme.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz): Herzlichen Dank an die Linksfraktion, aber auch an die Koalitionsfraktionen, dass dieses wichtige Thema hier aufgerufen wurde! Wir haben ja beim letzten Mal über das Thema Personalmindestvorgaben in Berlin gesprochen und zum Ausdruck gebracht, dass Berlin alle nur erdenklichen Instrumente nutzen wird, um Personalmindestvorgaben bei der Pflege und im ärztlichen Bereich, aber vor allem insbesondere im Bereich der Pflege, im Krankenhausplan zu verankern und im Bund alle unterstützenden Maßnahmen unternimmt und Initiativen unterstützt, die den Einklang dahingehend unterstützen, dass Qualität in einem so personalintensiven Bereich wie der Pflege nur mit klaren Mindestvorgaben von Personalschlüsseln funktionieren kann. Es ist nicht die Regel, dass das von einem Land so deutlich und klar formuliert wird, aber das ist unsere Erfahrung in Berlin und auch die abgestimmte Position der Koalition.

Warum haben wir eine Befragung durchgeführt? – Der Ruf nach einer Pflegekammer ist überall in Deutschland groß geworden. Berlin hat in einer gemeinsamen Tagung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz und der Gesundheitsministerkonferenz das Thema Pflegekammer und die Befragungen in den jeweiligen Ländern aufgerufen, und wir haben uns darüber ausgetauscht, welche Erfahrungen die anderen Bundesländer mit der Befragung und auch der

Kritik zu den Modellen der Befragung haben. Aus diesem Grund haben wir zu der Fachtagung „Pflegekammer – ein Modell für Berlin?“ am 3. Dezember 2012 eingeladen. Dort haben wir uns aus Rheinland-Pfalz das Modell der Registrierung, die Kritikpunkte und die Repräsentationsfragen und aus Niedersachsen das Modell der repräsentativen Befragung erläutern lassen. Wir sind durch diese Veranstaltung, an der Befürworter wie Kritiker der Pflegekammer teilgenommen haben, zu dem Ergebnis gekommen, dass wir ein Modell dazwischen benötigen, das auch die Aufgabe hat, die Pflegekräfte vorher zu informieren. Es zeigt sich, dass in keinem Bundesland die Information über die Pflegekammer vor der Befragung so hoch ist wie in Berlin, was das Studiendesign und die Arbeit der ASH bestätigen.

Berlin steht im Vergleich zu Niedersachsen und Hamburg sehr gut da: Wir haben einen sehr geringen Anteil an Personen, die bisher keine Berührung mit der Pflegekammer hatten. So liegt dieser Wert in Niedersachsen bei 30 Prozent und in Hamburg bei 20 Prozent. Mit einem Wert von 18,1 Prozent hat Berlin damit die geringste Anzahl an nichtinformierten Personen. Das ist unter anderem auf die gute Öffentlichkeitsarbeit durch Informationsveranstaltungen der Allianz Pflegekammer, aber auch der ASH zurückzuführen. Die Studie war absichtlich darauf angelegt, den Befragten umfangreiches Material zur Verfügung zu stellen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich umfassend über dieses Thema zu informieren.

Die zweite Frage, die damit einherging, war: Wie sieht das Fragedesign aus? – Auch beim Fragedesign gab es von Befürwortern wie Kritikern im Vorfeld unterschiedlichste Hinweise. Am Ende ist der Fragebogen von Befürwortern und Kritikern in unserem Haus mit der ASH unter der Verantwortung der wissenschaftlichen Leiterin, Frau Prof. Kollak, beraten worden. Alle Beteiligten haben dem Fragebogen und dem Design zugestimmt. Wir hatten in dieser Frage keinerlei Minderheitenvotum, sondern das Ergebnis war einvernehmlich. Wir waren uns bei Kritikern wie Befürwortern auch darüber einig, dass bei über 1 000 Befragten Repräsentativität gegeben ist. Das Befragungsdesign ist bei dieser Befragung sogar besser als das, was von Infratest oder anderen vorgenommen wird, weil nämlich nicht allgemein befragt wurde, sondern die Berufsgruppe speziell, und auch die jeweiligen Stärken der Berufsgruppen berücksichtigt wurden.

Es ist nicht angezeigt, diejenigen, die sich kein Urteil gebildet haben, die gesagt haben, dass es ihnen egal ist, sofort bei der Gruppe derjenigen mitzurechnen, die gegen eine Pflegekammer sind. Denn dass Personen, die gesagt haben, sie seien gegen eine Pflegekammer, sich trotzdem für einen Beitrag oder eine Beitragshöhe aussprechen und damit ein Votum für eine bestimmte Range abgeben, kann genauso als Votum dafür betrachtet werden, dass sie zwar vielleicht allgemein gegen eine Pflegekammer sind, sie aber dann, wenn sie kommt, bestimmte Vorstellungen davon haben, wie eine solche Pflegekammer auszusehen hat und wie die Rahmenbedingungen sein sollen. Es gibt jedenfalls in keiner Berufsgruppe eine Mehrheit gegen die Pflegekammer – im Gegenteil: Es gibt in allen Berufsgruppen klare Mehrheiten für die Pflegekammer.

Die rechtliche Frage, warum wir nur diejenigen befragen, die in Berlin anerkannte, examinierte Pflegekräfte sind, ist verfassungsrechtlich hinlänglich erörtert. Vor allem von den Kritikern der Pflegekammer wird auch in Veröffentlichungen zum Ausdruck gebracht, dass alles andere nicht rechtmäßig wäre. Die Debatte um die Pflegehelfer wundert mich auch. Sie wundert mich deswegen, weil man zunächst auch die Frage stellen kann, warum denn nicht Physio- und Ergotherapeuten berücksichtigt wurden, die doch auch mit der Pflege in so enger Kom-

munikation stehen und die bei der Gründung einer Pflegekammer möglicherweise viel stärker davon betroffen wären, dass für ihre Berufsgruppe keine Kammer da ist. Die Debatte um die Pflegehelfer ist, glaube ich, eine Debatte, die vor allem deswegen geführt wird, um unterschiedliche Staffellungen vorzunehmen, wenngleich wir ja in Berlin sehen: Je jünger die Pflegekräfte sind, desto stärker ist die Zustimmung – die Pflege von morgen will die Pflegekammer.

Pflegekammer bedeutet immer auch starke Gewerkschaften. Es ist nicht ohne Grund so, dass der Organisationsgrad in Gewerkschaften in den europäischen Ländern, in denen es Pflegekammern gibt, entschieden höher ist als in Berlin oder in Deutschland. Es ist auch fast normal, dass die Liste des Marburger Bunds die stärkste gewählte Liste innerhalb der Ärztekammer Berlin ist. Das ist kein Gegensatz – starke Gewerkschaft und starke Pflegekammer –, sondern es ist eine Korrespondenz, es sind kommunizierende Röhren: starke Gewerkschaften – starke Pflegekammern, das zeigt sich überall in Europa. So ist es auch hier: Der Marburger Bund hat einen starken Einfluss; er ist teilweise besser organisiert als Verdi, obwohl es mehr Pflegekräfte als Ärzte in den Krankenhäusern gibt. Das sollte einem in dieser Frage zu denken geben. Es sollte einem auch zu denken geben, dass es bislang nur sozialdemokratisch regierte Länder sind, die eine Pflegekammer eingeführt haben. Aber gut! Ich will hier nicht der CSU folgen. Wir haben die Befragung vielmehr durchgeführt, weil wir in Berlin sehen, dass der Wunsch danach sehr groß ist, und die Zustimmung zeigt das ja auch.

Eine Pflegekammer hat die Möglichkeit, solche Fragen, die vorhin angesprochen wurden, Frau Villbrandt, zu erörtern, nämlich die Fragen von Weiterbildungs- und Berufsordnung. Wir haben beim letzten Mal in diesem Ausschuss miteinander erörtert, wie es uns gelingen kann, Mindestpersonalvorgaben – also Dinge, die jetzt von Verdi in der Charité zu Recht gefordert werden – im Bund zu verankern. Wir haben auch die Frage erörtert, in welchen Gremien das verankert wird: Das sind alles Gremien der Selbstverwaltung und keine Gremien der Politik. Warum gibt es für Ärzte viel mehr Mindestpersonalvorgaben als für Pflege? Warum sind in den letzten zehn, zwanzig Jahren in Berlin in den Krankenhäusern 7 000 Pflegekräfte weniger beschäftigt, aber 1 000 Ärzte mehr? – Diese Fragen muss man beantworten, wenn man die Frage beantwortet, wer welche Interessen vertritt. Der Organisationsgrad von Pflegekräften von 4, 5 oder 6 Prozent bei Verdi in vielen großen Häusern zeigt eben auch, dass es hierzu eine starke Unterstützung geben muss, um die gewerkschaftliche Organisation zu verbessern.

Wir haben eine klare Befragung durchgeführt. Wir haben beim Befragungsdesign von den anderen Bundesländern gelernt. Das Befragungsergebnis ist aus meiner Sicht eindeutig. Jetzt ist der nächste Schritt, dass wir die Bundesländer einladen wollen, die eine Pflegekammer gründen – meine niedersächsische sozialdemokratische Kollegin und die rheinland-pfälzische sozialdemokratische Kollegin. Wir werden diese beiden Bundesländer einladen, um über die Fragen des Gründungsprozesses und der Einbindung unter anderem auch der Gewerkschaften zu diskutieren. Wir müssen dann im politischen Raum die Frage erörtern, welche Mittel für den Gründungsprozess im Haushalt eingestellt werden. Alle anderen Fragen liegen zweifelsohne im politischen Raum; darin sehe ich meine Aufgabe als Senator für Gesundheit und Soziales, verantwortlich vor allem auch für starke und gute Pflege. Dieser Verantwortung will ich dahingehend gerecht werden, dass ich all die Prozesse vorbereite, damit man sich im politischen Raum eine Meinung dazu bilden kann. Die Befragung war der erste Schritt. Der nächste Schritt ist, von den Ländern zu lernen, die Pflegekammern einrichten. Danach liegt

der Ball bei Ihnen im Parlament, um die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass im Chor der anderen Kammern – und der wird mit Sicherheit seine Arbeit nicht einstellen – die Pflege genauso mitspielt, wie das die Psychotherapeuten, die Zahnärzte und die Ärzte tun. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Senator! Wir kommen dann zur Diskussion, und da habe ich mich zunächst einmal zu Wort gemeldet.

Es ist schon erstaunlich, Herr Senator: Sie hätten es politisch in der Hand, einen Großteil der bekannten Probleme zu lösen, für deren Beseitigung Sie nun die Einrichtung der Pflegekammer fordern. Sie schaffen sich ein Gremium, mit dem Sie dann die bekannten Probleme weiter erörtern, statt sie politisch zu lösen.

Aber jetzt zu den Fragen: Frau Vogler! Sie schreiben in Ihrer Vorwegstellungnahme, die Studie habe eine sehr hohe Akzeptanz, und es sei die eindeutigste Abstimmung. Nun hat uns Frau Kistler gerade erklärt, wenn man in der Logik dieser zum Teil ja skurrilen Befragungen bleibt, dass in Rheinland-Pfalz 75,9 Prozent dafür waren. Das ist eine ganz andere Zahl als die, die wir in Berlin haben. Es sind 1 196 Beschäftigte befragt worden. Können Sie mir Auskunft geben, wie hoch der Anteil der leitenden Pflegekräfte dabei war? Die Studie sagt dazu nichts; es wäre aber für die Akzeptanz und die Seriosität einer Studie schon wichtig zu erfahren, auf welcher Hierarchieebene man gefragt hat. – Das ist das Erste.

Zweitens: Von den 703 Befürwortern haben 79 gesagt, sie wollten aber keinen Beitrag bezahlen. Wie geht das? Werden die nun Ehrenmitglieder, weil die Ihnen die deutliche Mehrheit in der Befragung verschafft haben? Ohne die lägen Sie nämlich bei einer Befürwortung von nur noch 52,1 Prozent. – Wenn Sie dann auch noch die 246 abziehen, die bereit sind, bis zu 7 Euro zu bezahlen, dann bleiben Ihnen 378, und Sie sind nur noch bei einer Befürwortung von 31,6 Prozent. Ihre Mehrheit schmilzt, je näher Sie realistischen Beitragssätzen kommen: 153 bleiben, wenn noch die 225 abgehen, die bis zu 10 Euro zahlen würden. Ganze 68 von 703 Befragten wären bereit, mehr als 11 Euro zu zahlen – das sind 5,68 Prozent. Ich behaupte: Die Studie ist in ihrer Aussage absolut wertlos, weil sie nicht explizit nachfragt, was denn der Befragte tut, wenn der Tatbestand erfüllt ist, dass der Beitrag eine bestimmte Höhe erreicht. In Rheinland-Pfalz – Frau Kistler, zu Ihnen komme ich gleich – gibt es bis heute keine Aussage darüber, wie hoch der künftige Beitrag sein wird.

Auszubildende wurden nicht befragt; das sind ja, der Senator hat es gesagt, die künftigen Mitglieder. Die Frage ist, warum nicht. Frau François-Kettner hat bei der Vorstellung der Studie im Betriebsrat von Vivantes in meinem Beisein erklärt, es gäbe juristische Gründe dafür. Das ist absoluter Kokolores – bei einer wissenschaftlichen Studie kann es keine juristischen Gründe geben, warum man Auszubildende nicht befragt. Jetzt hat man den Fehler eingesehen und holt das nach. Da frage ich mich aber: Warum fragt man dann nicht gleich auch 28 803 Pflegenden in Berlin? Das ist ja die Zahl, nicht 21 000. Auf Seite 13 der Studie steht, dass in Berlin 28 803 Beschäftigte in der Pflege sind, und die sind auch zu befragen. – Auf Ihre 21 000 kommen wir nachher noch zurück. Wenn wir nämlich den nötigen Beitrag durch die 21 000 teilen, wird er noch viel höher, als bisher erwartet.

Der nächste Punkt: Sie sagen, Sie würden unbedingt eine Berufsordnung brauchen – das ist eins der wichtigsten Argumente. Der Deutsche Pflegerat hat am 18. 5. 2004 eine Rahmenbe-

rufsordnung für professionell Pflegende mit der Begründung erstellt, dass der Deutsche Pflegerat mit dieser Rahmenordnung erstmals eine berufsrechtliche Aufgabe für die professionell Pflegenden wahrnehme. Sie haben also eine Berufsordnung; dafür brauchen Sie keine Kammer! Wenn Sie sich die Berufsordnung angucken, dann entspricht sie in weitesten Punkten dem, was in anderen Heilberufen, z. B. bei den Ärzten, formuliert ist. Über die Verbindlichkeit solcher Berufsordnungen können wir gesondert diskutieren; dazu werden sicherlich Herr Boeddinghaus und Herr Kunkel noch einiges sagen können.

Sodann: Sie haben zunächst einmal jemanden, den Sie als abhängig Beschäftigten organisieren, und niemanden in einem freien Beruf. Die Kammern hatten historisch gesehen die Aufgabe, freie Berufe in und für sich zu organisieren. Sie organisieren hier einen Berufsstand mit über 90 Prozent abhängig Beschäftigten. Der ist arbeitsrechtlich an Vorgaben gebunden. Herr Kunkel hat es gesagt: Bei Verstößen gegen diese Vorgaben wird disziplinarrechtlich der oder die betroffene Pflegende ins Visier genommen und nicht die Arbeitsstelle und der Verantwortliche am Arbeitsplatz.

Der nächste Punkt: Herr Meißner! Ist Ihnen bekannt, wie hoch der Etat der Berliner Ärztekammer ist, die 29 500 Mitglieder hat? – Ich will es Ihnen sagen: Er lag im Jahr 2014 bei 12,9 Millionen Euro. Wenn Sie auf Augenhöhe eine ähnliche Struktur für die 28 803 – ich gehe jetzt nicht von den 21 000 aus; dann wäre es eine Katastrophe für Sie – haben wollen, müssten Sie einen Monatsbeitrag von 37,32 Euro erheben. Wenn Sie mit der Hälfte des Etats auskommen wollen – aber Sie reden ja immer von Augenhöhe –, wären es immer noch 18,66 Euro im Monat. Mit welchen Mitgliedsbeiträgen werden Sie also rechnen, und warum machen Sie keine konkreten Angaben für die künftigen Ausgaben?

Sie werfen Ihren Kritikern vor, sie seien einige Monate zu spät. Das wird Frau Radziwill sehr genau hören, denn sie hätte als Vertreterin der größeren Regierungspartei sehr gern Einfluss auf das Design der Studie genommen, wie wir alle auch. Nur hatten wir leider keine Gelegenheit dazu. Das war zwar angekündigt, aber es gab keine Gelegenheit. – Zu den Ergebnissen im ambulanten und im Altenpflegebereich hat Herr Matz schon etwas gesagt.

Frau Kistler, jetzt zu Ihrer Befragung! 38 500 Pflegekräfte hatten Sie. Da haben sich dann 9 321 Beschäftigte für die Befragung registrieren lassen. Dann gab es einen Informationstsunami: 80 000 Infolyer, 120 Informationsveranstaltungen, 25 000 Anschreiben an die Registrierten, 11 000 Erinnerungsschreiben und 15 000 Direktansprachen mit dem Ergebnis, dass 2 277 Registrierte abgesprungen sind und gesagt haben, das machten sie nicht mehr mit; sie wollten sich nicht mehr beteiligen. Letztlich haben nur 7 061 abgestimmt, und da haben Sie völlig Recht: Von den 7 061 waren 5 335 für die Kammer. Das machte 75,9 Prozent aus, aber nur 13,8 Prozent der Beschäftigten in Rheinland-Pfalz. – Dann stellt sich natürlich auch die Frage: Wer hat das eigentlich alles bezahlt? Wer hat dieses Riesenangebot an Informationen bezahlt und warum?

Die zweite Frage: Wie sieht denn der Haushaltsplan der Pflegekammer in Rheinland-Pfalz aus? Mit welchem Etat rechnen Sie? Wie hoch werden die Einnahmen sein, wie hoch die Ausgaben? Gibt es da Vorstellungen? – Sie haben in einem Vortrag am 10. 11. 2014 „Pflegekammer in Berlin – wir sind dafür“ ein detailliertes Organigramm vorgestellt, und zwar mit Delegiertenversammlung, Vorstand, Geschäftsführung, Justitiar, Beirat, Gutachter, Schlichtungsstelle, Pressestelle, Verwaltung, Sekretariat, Finanzbuchhaltung, Einkauf, Technik und

zunächst einmal elf Ausschüssen. Gebäude dafür benötigen Sie letztlich ja auch – wo bringen Sie das alles unter? Wie viel Personal brauchen Sie dafür? Wie soll diese Struktur finanziert werden? Welche zusätzlichen Einnahmequellen neben den Pflichtbeiträgen erwarten Sie? Sie sind ja ganz konkret in der Gründungsphase: Wie hoch werden die Beiträge denn nun tatsächlich sein?

Sie haben in dem gleichen Vortrag zwei englische Organisationen erwähnt, einmal den Nursing & Midwifery Council, der von sich sagt: We exist to protect the public –, und das Royal College of Nursing, das sich selbst als Pflegegewerkschaft bezeichnet. Beide sind keine Kammern, aber Sie bringen das trotzdem als Beispiel, ohne das denjenigen zu sagen, denen Sie den Vortrag halten. Beide beruhen auf freiwilliger Mitgliedschaft. Der Council hat 670 000 Mitglieder, und Sie geben an – was ich dann schon schwierig finde –, dass die 120 Pfund im Jahr bezahlen, und das seien 126 Euro. – Entweder ist das ein Zahlendreher, oder es ist der Versuch, uns allen ein X für ein U vorzumachen, denn umgerechnet waren heute Morgen 120 Englische Pfund 166,26 Euro. Damit beläuft sich der Beitrag auf 22,72 Euro pro Monat, und das müssen Sie denjenigen, denen Sie die Pflegekammer überhelfen, letztlich auch sagen. Über Ihrer Folie stand der Satz: ein kleines Zahlenbeispiel aus England. – Ist das das, was Sie an Beitragsvorstellungen haben? – Dann gehen wir gern noch mal in eine neue Abstimmung.

Das mit den 150 Unterschriften, die man braucht, um zu kandidieren, finde ich hammerhart. Dass das dann auch noch mit Erfahrungen und Beispielen aus der Kommune begründet wird – nennen Sie mir ein Altenpflegeheim in Rheinland-Pfalz, das mehr als 150 Beschäftigte hat! Das ist doch eine eindeutige Vorgabe für die großen Pflegeverbände, die seit Jahr und Tag immer wieder auch für Pflegende sprechen, deren Mitgliederzahlen aber teilweise in Telefonzellen passen! Die haben mehr Buchstaben in ihrem Namen als Mitglieder, machen sich aber zum Sprachrohr und sind seit Jahren auf Augenhöhe mit der Politik, um über die Probleme zu sprechen, die Sie jetzt zusätzlich über eine Kammer lösen wollen. Dafür habe ich extrem wenig Verständnis, vor allen Dingen dann, wenn man mit dem Anspruch auf mehr Demokratie für die Kandidatur 150 Unterschriften braucht. Das bedeutet, dass die meisten Menschen davon ausgeschlossen sind, weil sie überhaupt nicht die Zeit und die Möglichkeit haben, von Institution zu Institution zu laufen, um sich die Sachen zu holen.

Herr Kunkel! Eine Frage: Welchen Einfluss – Sie haben es im Prinzip schon gesagt – auf die Rahmenbedingungen erwartet man von einer Verkammerung? Starke Pflege, mit einer Stimme sprechen – wie soll das gehen, wenn in der Kammer Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vertreten werden, wenn ein Großteil von vorneherein von der Beteiligung an der Kammer ausgeschlossen ist, wenn es die vielen Verbände gibt, die natürlich nicht zu existieren aufhören und auch jenseits der Kammer ihre jeweilige Politik weitermachen? Das hat mit einer Stimme gar nichts zu tun.

Dann gibt es dabei einen ganz gefährlichen Aspekt, der überhaupt noch nicht diskutiert worden ist: Wir haben über das Disziplinarrecht gesprochen. Sie zahlen z. B. ihren Beitrag nicht oder nicht pünktlich und werden jetzt über die Kammer sanktioniert. Was machen Sie denn dann? Dann bekommen Sie möglicherweise für ein Jahr oder zwei Jahre ein Berufsverbot. Oder sagen Sie: Wir entziehen Ihnen die Möglichkeit, den Beruf auszuüben? Was machen Sie denn dann? – Dann gehen Sie als abhängig Beschäftigter zum Chef und sagen: Tut mir leid! Die Kammer hat gesagt, ich darf nicht mehr! – Dann sagt der Chef: Prima! Dann beschäftige

ich Sie außerhalb der Rahmenrichtlinien der Kammer. Dann machen Sie bei mir als ein- oder zweijährig Beschäftigter weiter. Ich kann Ihnen nicht so viel Geld geben; aber natürlich entlasse ich Sie nicht! – Was ist das für ein Druck auf diejenigen, die dann da arbeiten? Sie individualisieren die Konflikte im Betrieb und wälzen sie auf den Einzelnen ab, der, ohne dass er Möglichkeiten hat, auf die Rahmenbedingungen Einfluss zu nehmen, für die Rahmenbedingungen geradestehen muss. Gerade unter dem Aspekt, dass wir erleben, dass die Pflegenden immer häufiger von gefährlicher Pflege sprechen, sind sie dann letztlich diejenigen, die in der Koalition zwischen Arbeitsrecht, arbeitsrechtlicher Verpflichtung und Berufsordnung den Kopf hinzuhalten haben. – Ich glaube, das geht gar nicht, und das ist ein ganz wesentlicher Aspekt in dieser Diskussion.

Herrn Boeddinghaus möchte ich bitten, kurz über die Entstehung der Kammern und ihre historische Bedeutung zu reden. Auch hätte ich gern erläutert, was die Verkammerung eines Berufsstands mit seiner gesellschaftlichen Akzeptanz und mit seinem Ansehen zu tun hat. – Herr Thomes oder Herr Matz! Warum ist die Mehrheit der Beschäftigten in der Altenpflege gegen eine Verkammerung? Halten Sie die Pflegekammer – Sie haben es im Prinzip schon gesagt, ich will es nur noch mal wiederholen – tatsächlich für eine zeitgemäße Antwort auf die Probleme in der Pflege?

Letztlich: Die Pflege braucht mehr Geld, sie braucht eine bessere Personalausstattung, sie braucht bessere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen. Das sind aber alles Dinge, bei denen wir als Politiker schon seit Jahren in der Pflicht sind, das politisch umzusetzen. Wir haben kein Erkenntnisproblem über die Probleme in der Pflege – wir haben ein politisches Umsetzungsproblem. Statt darüber zu diskutieren, eine zusätzliche Institution zu schaffen, und zwar noch gegen den erklärten Willen der meisten Beschäftigten – – Ich habe heute Morgen noch von meinem Betriebsrat, als ich mich zur heutigen Sitzung abgemeldet habe, eine SMS gekriegt: Alles klar, Wolfgang! Ich wünsche dir viel Glück; wir sind auch dagegen! – Auch der Betriebsrat von Sana, einem großen Unternehmen, hat uns ebenfalls gebeten, alles politisch Mögliche zu unternehmen, damit die Pflegekammer in Berlin nicht kommt. In Bayern hat man, glaube ich, einen ganz vernünftigen Weg eingeschlagen. Darüber können wir gern diskutieren. Aber hier in Berlin werden wir politisch dafür sorgen, Herr Senator, dass es in dieser Legislaturperiode und mit Sicherheit auch in der nächsten keine Pflegekammer geben wird. – [Beifall aus dem Publikum] – Nein, Sie dürfen auch jetzt nicht klatschen, tut mir leid!

Der Senator muss jetzt leider gehen und möchte sich noch entschuldigen.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz): Das ist ja heute eine Anhörung; deswegen haben Sie auch sehr viele Fragen gestellt, Herr Albers. Ich hatte Ihnen signalisiert, dass ich um 13.30 Uhr losmuss, weil ich um 14 Uhr zu einem Termin muss. Aber wir haben ja ein Wortprotokoll, in dem ich es nachlesen kann. Die politische Debatte dazu werden wir ja mit Sicherheit – [Dr. Wolfgang Albers: In der nächsten Legislaturperiode noch mal führen!] – dann führen, wenn die Koalitionsfraktionen oder Ihre Fraktion das vorher anmeldet, denn Sie waren ja in dieser Frage schneller als die Koalition. Deswegen stehen Sie auch an Punkt 1 der Tagesordnung. – [Dr. Wolfgang Albers: Wir sind noch häufiger schneller!] – Das heißt ja nicht besser! – Ich bitte um Entschuldigung, dass ich jetzt gehen muss. Ich werde das Wortprotokoll gern und interessiert lesen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Schönen Feierabend! – [Zuruf von Senator Mario Czaja (SenGesSoz)] – Dann wünsche ich Ihnen keinen schönen Feierabend, sondern einen schönen Abend! – Frau Radziwill!

Ulker Radziwill (SPD): Vielen Dank, Herr Albers, für Ihre Worte! Vieles von dem, was Sie gesagt haben, kann ich persönlich unterstützen und unterstreichen. Im Namen einiger, die applaudieren wollten, werde ich Ihnen jetzt diese Worte übermitteln.

Ich bedauere es außerordentlich – das sage ich ausdrücklich für das Protokoll –, dass Sie, Herr Czaja, bei dieser wichtigen Anhörung leider nicht die gesamte Zeit dableiben können, weil wir in der Tat innerhalb der Koalition noch einige Punkte zu besprechen haben. Aber ich wünsche Ihnen bei dem, was Sie jetzt vorhaben, frohes Schaffen und freue mich auf den Austausch in den nächsten Tagen!

Ich möchte zum einem zum Design dieser Pflegebefragung kommen. In der Tat wurde hier im Ausschuss vor einigen Monaten, bevor die Befragung gestartet ist, der Wunsch geäußert – auch von den Oppositionsfraktionen –, sich mit dem Design und den Fragen zu beschäftigen. Das wurde leider nicht mit uns abgestimmt, sondern direkt mit der Alice-Salomon-Hochschule. Deswegen möchte ich das auch für das Protokoll festgehalten haben.

Bei der Vorstellung der Studie im Roten Rathaus, bei der ich anwesend war, hatte Frau Kollak erwähnt, dass es noch eine umfassende, vertiefte Darstellung zu einigen Widersprüchlichkeiten in dieser Befragung geben werde, denn in der Tat haben zum Beispiel einige dargestellt, dass sie den Begriff nur vom Thema her kennen, aber trotzdem mitgestimmt haben, oder sie haben zum Betrag gar keine Aussage gemacht bzw. eine ablehnende Haltung eingenommen, grundsätzlich aber für die Kammer gestimmt. Das sind Punkte, die aus unserer Sicht genauer zu betrachten sind.

Um das deutlich zu machen, möchte ich zwei Punkte dieser Befragung hervorheben, einmal zum Informationsstand der Befragten: Herr Czaja hatte erwähnt, dass umfassend informiert worden sei. Ich habe daran ganz offen meine Zweifel und möchte schon, wenn wir sagen, dass es eine große Befürwortung gibt, dass vorher wirklich gut informiert worden ist. Diese Studie legt Folgendes offen: Von den 1 196 Teilnehmern haben 432 erklärt, dass sie die Diskussion näher verfolgt hätten; das ist weniger als die Hälfte. „Kenne das Thema vom Begriff her“ haben 512 Personen gesagt, und: „Ich höre zum ersten Mal davon“ haben 217 Personen gesagt. Deswegen ist es wichtig, noch mal genauer hinzuhören, nachzufragen und auf einige Fragen, die im Raum sind, klare Antworten zu haben, um dann noch mal genauer zu prüfen,

ob tatsächlich eine Mehrheit vorhanden ist. Für mich ist die Frage danach, wie hoch der Beitrag bei einer Zwangsmitgliedschaft ist, schon enorm wichtig. Welche Aufgaben die Kammer konkret haben wird und was sie für den einzelnen Betroffenen umsetzen kann, sind enorm wichtige Punkte. Hier liegt die Schwäche. Wir haben, auch als Politik, hier noch einige Hausaufgaben zu erfüllen, deswegen ist es mir wichtig, dass wir bei dieser Anhörung nicht nur auf diese Zahl schauen, dass 58,8 Prozent eine Pflegekammer befürwortet haben und wir das deswegen machen, sondern genauer und vertieft nachschauen.

Der nächste Punkt – zu den Beiträgen: In dieser Studie haben von den 703 Personen, die insgesamt die Pflegekammer befürworteten, nur 68 gesagt, dass sie einen Beitrag von 11 Euro bis 15 Euro zahlen würden. Wenn das stimmt, was Herr Albers und einige andere vortragen, auch in den vielen Vorgesprächen, die ich geführt habe, dass der Beitrag höher als 10 Euro sein muss, wenn er realistisch sein soll für das, was man umsetzen und erreichen möchte – das Repräsentative, das auf Augenhöhe Bestimmende –, dann ist das Befragungsergebnis an der Stelle keine Befürwortung für Zwangsmitgliedschaften.

Diese Befragung sagt sehr deutlich, dass sich die Mehrzahl in der Pflege eine Form der Repräsentanz, eine Form der Interessenvertretung, wünschen. Bisher ist ihnen aber auch keine Alternative angeboten worden. Wir diskutieren nicht in Form von: Welche Alternativen gibt es? – Ich würde mir sehr wünschen, dass wir uns genau an dieser Stelle, bevor wir ein klares Ja zur Pflegekammer geben, alle Alternativen anschauen. Was gibt es für Alternativen außerhalb einer Zwangsmitgliedschaft? Aus meiner Sicht zeigen diese Befragungen und die Umfragen in den anderen Ländern – – Ich bin sehr dankbar, dass sich die Mitglieder der SPD in den unterschiedlichen Ländern sehr engagieren, weil es uns als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen insgesamt sehr wohl darum geht, die Menschen, die in der Pflege arbeiten, zu unterstützen, ihnen mehr Geld ins Portemonnaie zu bringen, statt ihnen von dem Wenigen noch etwas mit Zwangsabgaben abzuziehen. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns überlegen können und auch müssen, ob es für die Hauptstadt in der Pflege Alternativen zur Pflegekammer gibt. Seitens der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen der Berliner SPD – Sie werden vielleicht mitbekommen haben, dass es am Wochenende den Landesparteitag gab –, gibt es einen Vorschlag, und das ist die Idee, einen Pflegeberufsverband in Form einer Körperschaft des öffentlichen Rechts einzusetzen, wo sich alle, die in der Pflege beschäftigt sind, freiwillig versichern können. Ich glaube, dass dort auch die Situation der Pflegehilfskräfte wesentlich gestärkt werden kann, denn die haben auch einen Anspruch, eine Form von Augenhöhe mit umgesetzt zu bekommen. Ich halte es für einen Fehler, in Berlin die große Anzahl der Menschen, die als Pflegehilfskräfte arbeiten, komplett rauszuhalten, sie nicht mal nach ihrer Meinung zu befragen. Ich finde, dass der Teil definitiv nicht demokratisch ist.

Ich bin sehr neugierig, wie das Ergebnis der Befragung der Auszubildenden ausfallen wird. Ich hatte das Vergnügen, vor einigen Wochen vor Pflegekräften in der Weiterbildung und vor Auszubildenden zu sprechen. Dort war keine Mehrheit für eine Pflegekammer, wenn man ihnen genau darstellt, welche Pflichten auf sie zukommen. Ich wünsche mir, dass wir bei dieser Informationsweitergabe viel stärker auf diese Punkte eingehen.

Mein persönlicher Eindruck – den teile ich mit Herrn Albers –, ist, dass bei dieser freiwilligen Befragung sehr wohl geschaut worden ist, dass am Ende – ich sage es überspitzt – rein statistisch eine gewollt politische Aussage für eine Pflegekammer herauskommen kann. Man muss

zur Kenntnis nehmen, dass in Rheinland-Pfalz nach der Befragung, so jedenfalls meine Information, auch eine echte Umfrage gemacht wurde. Da wurden noch viel stärker Informationen weitergegeben. Rheinland-Pfalz hat leider nicht die Alternativen zur Pflegekammer diskutiert. Wir haben vor einigen Tagen ein Gespräch mit Herrn Schweitzer gehabt, der diesen Prozess sehr intensiv begleitet hat. Er hat uns empfohlen, wenn überhaupt, dann noch mal nachzuschauen, welche Alternativen es gibt. Das ist zwar die Beschlusslage in Rheinland-Pfalz, aber auch er sagt uns ganz klar, dass es eine sehr offene Beteiligungsform geben müsse, es dürfe nicht nur auf freiwilliger Basis beruhen, sondern es müsse eine viel breitere, sehr viel klarere Form der Informationsvergabe und auch der Beteiligung geben, und ich glaube, da hat Berlin noch einiges aufzuarbeiten.

Ich möchte noch mal für uns hervorheben: Die SPD hat ein ganz klares Problem mit diesen Zwangsmitgliedschaften, die damit verbunden werden. Wir sind der Auffassung, dass Pflege eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, und bei dem Fakt, dass sehr viele sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind – über 90 Prozent, soweit ich informiert bin, vielleicht sogar 95 Prozent –, halte ich das System der Pflegekammer für diesen Bereich nicht für angemessen, und deswegen mühen wir uns um Alternativen. Ich bitte, das in dieser gesamten Diskussion mit zu bedenken. – Das wäre es vorerst von meiner Seite. Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Radziwill! – Frau Villbrandt, bitte!

Jasenka Villbrandt (GRÜNE): Danke! – Vielen Dank an die Expertinnen und Experten für Ihre Beiträge! Wir haben hier schon einige Male über die Pflegekammer geredet, aber jede neue Anhörung bringt neue Aspekte. Ich bin dankbar dafür. Ich bin heute sehr überrascht, welche Leidenschaft, welche präzise Vorarbeit bis auf Euro und Komma entwickelt wird, wenn die Gefahr besteht, dass sich die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen zu organisieren versucht. Das hat mich schon sehr beeindruckt.

Vorweg möchte ich für meine Fraktion sagen: Dass es um die Pflege nicht besonders gut steht, wissen wir alle, und ich glaube, darüber sind wir uns ausnahmsweise einig. Meine Fraktion ist keine Befürworterin von Kammersystemen, aber: Wir haben Kammersysteme bei uns, und andere Berufsgruppen müssen selbstverständlich Möglichkeiten des Einflusses durch eine Kammer haben. Pflegende brauchen diese Möglichkeit ebenfalls.

Herr Boeddinghaus! Ich fand Ihren Beitrag sehr interessant. Sie sagten, Sie seien eigentlich kein Gegner der Kammersysteme. Ich hoffe, dass die Erfahrungen der Kammern, die bereits gegründet wurden, in die Entstehung der Pflegekammer einfließen können, und dass Sie eine Möglichkeit sehen, sich einzubringen. Ich habe das immer gehofft, denn mir sind die Kritiken an anderen Kammern bekannt.

Die Pflegekammer ist kein Wundermittel – ich glaube, das haben alle hier schon mal gesagt –, aber sie ist ein wichtiger Baustein und Meilenstein für die Pflege. Die Pflegenden sind wie kaum eine andere Berufsgruppe in der Vergangenheit daran gewöhnt gewesen, dass andere über sie entscheiden. Andere Berufsgruppen entscheiden darüber, was eine gute Pflege ist und was nicht. Pflege ist unserer Meinung nach ein eigenständiger Beruf und nicht nur ärztlich delegierte Aufgabenerfüllung. Genau dieser Frust über diese Fremdbestimmung, den viele Menschen haben, die in der Pflege arbeiten, hat sie dazu bewogen – da bin ich mir ziemlich sicher –, eine Pflegekammer in Berlin zu bejahen.

Mit etwas Unverständnis nehme ich wahr, dass vor allem aus den Bereichen der Arbeitgeber, aber auch von den Gewerkschaften massiv gegen die Pflegekammer agiert wird. Ich frage mich, mit welcher Begründung, welcher Berechtigung, mit welcher Legitimation das getan wird. Egal, ob man die Kammer gut findet oder nicht, die Pflegenden sollten selbst entscheiden, ob es eine Pflegekammer geben sollte oder nicht. Ich finde es auch nicht ganz verständlich, dass die Seriosität dieser Umfrage so infrage gestellt wird, denn die Beteiligung war wirklich breit, und jeder hätte sich einmischen können. Herr Albers! Ich glaube, Sie waren bei dieser Veranstaltung nicht dabei. Das hätte jeder von uns schon machen können, statt dann, wenn die Umfrage schon stattgefunden hat, zu versuchen, alles als unseriös darzustellen.

Der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V. – bpa – zum Beispiel, wird als Arbeitgeber nicht müde, vor einer Pflegekammer zu warnen. Andersherum hat der Arbeitsverband Pflege versucht, selbst Mitglied in der Gründungskonferenz in Rheinland-Pfalz zu werden, hat gegen die Ablehnung geklagt und vor dem Verwaltungsgericht Mainz verloren. Das Gericht entschied, dass dem Arbeitgeberverband kein Sitz in der Gründungskonferenz zur Einrichtung einer Pflegekammer in Rheinland-Pfalz zustünde. Interessant bei diesem Fall ist aber vor allem die Begründung. Zentrales Argument im Prozess seitens der Arbeitgeber war: Sollte die Pflegekammer kommen, dann bringt dies voraussichtlich erhebliche Nachteile für die privaten Arbeitgeber. – Offensichtlich geht es um knallharte wirtschaftliche und machtpolitische Interessen. Ich fand es gut, dass das herausgekommen ist, denn mich stört, dass oft diese Sorge um die Pflegenden im Vordergrund steht und nicht das eigene klare Interesse oder die Betroffenheit, wie weit eine Kammer zum Beispiel die eigene Situation tangieren kann.

Für meine Fraktion spricht ein zentraler Grund für eine Pflegekammer: dass die Pflegenden sie selbst wollen. Wenn sie Nein gesagt hätten, wäre das Thema für uns gegessen; dann hätten wir das nicht mehr behandelt und eingebracht. Aber sie haben Ja gesagt. Es gibt zwei Gründe, die dafür sprechen: Zum einen ist es die Weiterentwicklung der Pflegeberufe – das hat auch der Senator gut ausgeführt –, zum anderen, damit die Pflege ihre Interessenvertretung legitimiert ausüben kann. Gesundheitspolitik ist leider meistens eine Lobbypolitik. Eine gemeinsame Stimme der Pflegeberufe wird besser gehört als die unterschiedlichen Verbände. So hat das Dr. Jonitz, der Präsident der Ärztekammer in Berlin, gesagt.

Herr Albers! In Ihre Richtung sage ich, dass wir den besten Grund für eine Pflegekammer vor wenigen Monaten aus den Medien erfahren haben. Es wurde berichtet, dass auf bundespolitischer Ebene Fachleute aus den Kliniken mit der Bundesärztekammer diskutieren, dass Pflegekräfte weitergehende Aufgaben im Gesundheitssystem übernehmen können als bisher. Wer nicht mit am Tisch saß, war die Pflege.

Jetzt habe ich aber noch einige konkrete Fragen an die Expertinnen und Experten. – Frau Kistler! Die Rädelsführer der Kammergegner kommen zum großen Teil nicht aus der Pflege, das habe ich schon erwähnt, sondern von den Gewerkschaften oder den Arbeitgebern. Damit aber eine Pflegekammer ihre volle Wirkung entfalten kann, brauchen wir eine gute Zusammenarbeit zwischen der Kammer, den Gewerkschaften und den Arbeitgebern. Solch eine Zusammenarbeit finden wir zum Beispiel im Bereich der Ärzteschaft; das hat der Herr Senator schon erwähnt. Wie gelingt das in Rheinland-Pfalz? Wenn es gut gelingt, woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Die zweite Frage an Sie in Bezug auf Mitgliedsbeiträge; das ist immer ein wichtiges Thema. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, wie die Schätzungen oder inzwischen auch Entscheidungen in Rheinland-Pfalz ausgefallen sind.

Herr Kunkel! An Sie habe ich auch eine Frage. In Rheinland-Pfalz arbeiten die Gewerkschaften konstruktiv an der Gründung einer Kammer. Bei der Befragung zur Pflegekammer in Schleswig-Holstein sagten 70 Prozent der Pflegekräfte, dass eine Pflegekammer nicht in Konkurrenz zu den Gewerkschaften stünde. Nur eine kleine Minderheit von 3 Prozent, glaube ich, betrachtete dies als eine eher schädliche Konstellation. 71 Prozent der Gewerkschaftsangehörigen bilden eine klare Mehrheit der Pflegekammerbefürworter innerhalb der Gewerkschaften. Der Organisationsgrad der Pflegefachkräfte in Gewerkschaften ist nicht besonders hoch. Sehen Sie in der Politisierung der Pflege nicht auch eine Chance für die Gewerkschaften? Wie denken Sie darüber, wie weit die Gründung einer Pflegekammer Verdi konkret berührt? Meine Frage bezieht sich jetzt also nicht darauf, inwieweit das die Pflegekräfte betrifft, sondern inwieweit das Ihrer Meinung nach Verdi berührt.

Das Gleiche möchte ich auch Richtung Liga fragen. Außer Sorgen um die Pflegenden und ihre Situation, wenn eine Pflegekammer entsteht, wenn die enttäuscht werden usw., möchte ich gern wissen, wie Sie als Arbeitgeber konkret von der Bildung einer Pflegekammer berührt sind.

Dann möchte ich allen die Frage stellen, die im Grunde schon im Raum stand: Es gibt jetzt Vorschläge, dass auch Pflegehilfskräfte dazu befragt werden. Gibt es Beispiele bei Gründungen anderer Kammern, dass auch nichtexamierte Kräfte, die dann Mitglieder werden können, bei der Befragung einbezogen waren oder ihr Votum dazu abgeben konnten? Ich würde gern erfahren, ob es so etwas überhaupt gibt und wie Sie das einschätzen.

Frau Vogler! Sie sind Leiterin und Dozentin im Pflegeausbildungsbereich. Wie kommunizieren Auszubildende diese Diskussion in Berlin in Bezug auf Pflege? Was sind Ihre Erfahrungen?

Ich hätte gern auch den Senator zur Finanzierung des gesamten Prozesses gefragt, aber er hat, glaube ich, schon angedeutet, dass er dazu noch keine genauen Informationen geben kann. – Danke!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Villbrandt! – Bevor ich Herrn Krüger das Wort gebe, will ich erwähnen, dass mir vor Beginn der Sitzung 409 Unterschriften unter einer Petition der Altenpflegeschüler/-innen gegen die Pflegekammer übergeben worden sind. – Herr Krüger, bitte!

Joachim Krüger (CDU): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich schicke mal vorweg, dass ich weder Arzt noch Apotheker, also nicht verkammert, auch nicht im Pflegeberuf tätig bin. Ich bin zwar Mitglied einer Gewerkschaft, aber nicht von Verdi, sondern der GEW, und versuche trotzdem, mir im Augenblick ein Urteil zu bilden. Ich bin ganz sicher – diesen Popanz sollte hier keiner mehr aufbauen –, dass eine Pflegekammer kein Allheilmittel ist. Wir haben in diesem Bereich vieles vonseiten der Politik anzugehen und zu lösen, auch von anderen Sei-

ten, keiner stellt die Behauptung auf. Unterlassen Sie es doch bitte, immer wieder diesen Ansatz zu führen!

Das Zweite: Ich gewinne hier wirklich manchmal den Eindruck, dass man Angst vor Mehrheiten hat. Wenn mal alle Umfragen, alle Abfragen und alle Entscheidungen, die wir in dieser Republik treffen, diesem hohen Standard unterliegen würden, den Sie hier plötzlich alle so unter dem Tisch hervorholen! Wo haben wir denn schon eine Befragung, wo im Vorfeld denjenigen, die befragt werden, Pro- und Contra-Argumente auch noch an die Hand gegeben werden? Ich wünschte, dass das in anderen Fällen manchmal der Fall ist. Da wird dann überhaupt nicht kritisch geäugt; da ist die Mehrheit da, und dann wird sie akzeptiert. Ich bin allerdings auch der Auffassung, dass wir klare Mehrheiten brauchen, wenn man eine solche Kammer haben will. Gegen die Betroffenen darf, will und kann Politik gar nichts machen. Wenn die Betroffenen es aber wollen, dann wollen wir auch an ihrer Seite stehen.

Zu diesem Blättchen, das wir vom Diakonischen Werk, Liga der Wohlfahrtsverbände bekommen haben: Danke schön! Aber das hätte ich selbst geschafft, das zusammenzurechnen. So dumm sind wir ja nun auch nicht. Und wenn Sie hier Begriffe einfach mal locker gleichsetzen, spricht das auch nicht gerade für die Seriosität. Der Senator hat es vorhin an ein, zwei Punkten genannt. Da kann man sehr differenziert fragen, ob diese Additionsbemühungen wirklich aufrichtig sind. Natürlich sieht man dadurch das Ziel, das damit verfolgt werden soll, aber darauf reagiert man doch eher ein bisschen verstimmt.

Wenn ich als Nächstes höre, dass mit dem Schreckgespenst Beitrag hantiert wird, dann macht mich das besonders stutzig, insbesondere, wenn es aus der Ecke derjenigen kommt, die natürlich viel besser verdienen und aufgrund dieser Situation beitragsmäßig viel belastungsfähiger sind. Aber vielleicht ist es gar nicht nötig, solche großen Summen aufzubringen, um trotzdem eine funktionierende Kammer auf die Beine zu stellen. Mit solch einer Argumentation sollten wir lieber sparsam sein, denn sie erhöht nicht gerade die eigene Glaubwürdigkeit. Insofern sollten wir diese Diskussion weiterhin führen und uns keinem Argument verschließen, sollten aber aufhören, immer wieder Dinge hervorzukratzen, um etwas in Misskredit zu bringen, was sich eigentlich, wenn man genau hinguckt, als eine recht positive Sache anlässt. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Krüger! – Herr Isenberg!

Thomas Isenberg (SPD): Ich möchte zunächst festhalten, dass auch angestellte Ärztinnen und Ärzte Mitglied einer Kammer sind. In Deutschland ist inzwischen, wenn ich richtig informiert bin, die Hälfte aller ärztlich Tätigen in einem Krankenhaus und damit als angestellter Arzt abhängig beschäftigt.

Herr Meißner, Frau Vogler und Frau Kistler! Könnten Sie noch mal die allgemeinwohlbezogenen Aufgaben darstellen, der sich die Pflegekammer annehmen könnte? Wie könnten die Qualität der Pflege, die Aus-, Fort- und Weiterbildung und andere Themenstellungen konkret besser werden durch eine Institution wie die Pflegekammer als es jetzt Ihrer Meinung nach anders ginge oder als es jetzt im Vergleich zum Status quo ist?

Zu den Quoten: Herr Kunkel! Stimmen Sie mir zu, dass die Zustimmungsquoten, wie wir sie heute gehört haben, immer noch höher sind als die Mitgliedsquoten bei Verdi von in der Pflege in Heimen, Krankenhäusern oder bei ambulanten Pflegediensten Beschäftigten?

Herr Thomes! Wenn ich die Stellungnahme der Wohlfahrtsverbände lese, nehme ich viele richtige und durchaus notwendige Kritikpunkte in der Ausfinanzierung der sozialen Pflegeversicherung wahr; andererseits ist es in dem Fall auch ein Verband oder eine Liga der Verbände, mit der wir gern zusammenarbeiten. Damit stellt sich für mich die Frage, ob die Liga der Wohlfahrtsverbände Angst davor hat, dass Pflege sich organisiert, Ihnen gegenüber nicht mehr so atomisiert auftritt und als Verhandlungspartner vielleicht auch nicht gegeneinander ausspielbar wäre, wie es momentan der Fall ist? Ist das vielleicht auch eine Motivation für die Positionierung, wie Sie sie hier tätigen?

Darüber hinaus müssen wir uns in der Tat in der Nachbereitung der Anhörung unterschiedliche Modelle angucken. Der Hinweis von Ülker Radziwill, dass die SPD noch in einem Suchprozess ist, ist richtig. Auch der Landesparteitag der SPD hat am Wochenende keinen Beschluss für oder gegen eine Pflegekammer gefällt. Das wir der weiteren Diskussion vorbehalten sein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Isenberg! – Herr Ludewig!

Dr. Gottfried Ludewig (CDU): Das ist eine wirklich spannende Diskussion. Man stellt heute fest, dass Herr Dr. Albers und Frau Radziwill näher bei der CSU sind und man selbst sich doch der rheinland-pfälzischen und niedersächsischen SPD im Regierungshandeln nähert. Insofern gibt es anscheinend neuerdings spannende Bewegungen und Erkenntnisse, die wir heute miteinander gewinnen können.

Eine weitere Erkenntnis habe ich heute gewonnen: So, wie Herr Dr. Albers all die Informationsflut kritisiert hat, kenne ich sonst immer nur den Wunsch genau aus der anderen Richtung – man möge bitte informieren, man möge die Leute mitnehmen! –, und heute waren es plötzlich zu viele Informationen. Aus meiner Sicht kann es in solch einer entscheidenden Frage gar nicht zu viele Informationen geben, und ich finde es auch wirklich eine Realitätsverweigerung, diese klaren Mehrheiten – – Natürlich kann man hier einen Popanz aufbauen; wir können jede Statistik vor- und zurückübernehmen, aber ich bin mir nach dem einen oder anderen Wortbeitrag relativ sicher, dass wir, selbst wenn wir 90 Prozent gehabt hätten, am Ende mit spannenden Rechenoperationen bei fast 0 Prozent gelandet wären. Aus meiner Sicht ist das ein klares, gutes Signal aus dieser Befragung. Ich finde es auch interessant, heute die Pro- und Contra-Argumente zu hören, und freue mich, wenn wir das eine oder andere noch im Detail miteinander besprechen.

Grundsätzlich aber – so sehen wir es als CDU-Fraktion – gibt uns diese Umfrage einen klaren Auftrag. Wir wissen, dass keine Umfrage, kein Umfragedesign perfekt ist, dennoch ist das Ergebnis im Kern richtig.

Drei kurze Fragen: Herr Isenberg hat es schon angesprochen – an Verdi die Frage, wie hoch eigentlich der Organisationsgrad im Bereich Pflege ist. Heute sind so viele Zahlen gefallen, und das würde mich explizit interessieren.

Zweite Frage: Frau Kistler! Wir reden im Moment viel über Mindestpersonalschlüssel. Mich würde interessieren, wie da die Rolle der Pflege heute ist und wie sie mit einer Pflegekammer aussehen kann. Wie funktioniert in Rheinland-Pfalz die Einbeziehung der Gewerkschaften? Sie hatten das schon stichpunktartig erwähnt, aber vielleicht können Sie dazu noch ein paar weitere Ausführungen machen. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Ludewig! – Herr Spies, bitte!

Alexander Spies (PIRATEN): Das ist wirklich eine interessante Diskussion. Offensichtlich gehen die Meinungen quer durch alle Parteien, und das gibt ja Hoffnung, dass man eine solche Diskussion mal nicht ideologisch, sondern sachorientiert führen kann. In diesem Zusammenhang begrüße ich die Aussagen seitens der SPD, dass wir vielleicht auch gegen Zwangsmitgliedschaften in Industrie- und Handelskammer vorgehen können. Es ist grundsätzlich so, dass ich, visionär gesagt, die ganzen Selbstverwaltungsorganisationen modernisieren möchte. Man müsste tatsächlich darüber reden, ob und wie man Kammern abschafft oder modernisiert, wie man das alles organisiert. Das ist aber sozusagen die große Diskussion.

Wir reden hier über viel weniger, über etwas viel Kleineres, nämlich wie wir die Situation in der Pflege im Gesundheitswesen verbessern können. Hier ist festzustellen, dass es praktisch, jedenfalls aus meiner Sicht, außer dem Vorschlag der Kammern, die den gleichen Zugang hätten wie Ärztekammer, die im G-BA, bei den DRGs und vielen anderen Dingen mitreden könnten, was sie so eben nicht können, es sei denn, die Gewerkschaften würden sich inhaltlicher einbringen, auch im G-BA, was ich so nicht sehe – – Es spricht doch einiges dafür, dass man diesen Weg gehen sollte. Ich bin aber auch für Alternativen sehr offen, und das wäre meine Frage an alle Anzuhörenden: Gibt es denn tatsächlich Alternativen? Man kann sagen, die Pflegekammer ist es nicht – also nein –, aber was ist denn dann die Alternative, dass der Pflegeberuf sich ähnlich wie der Ärzteberuf selbstbestimmt entwickeln und sein Gewicht im bestehenden Gesundheitswesen einbringen kann?

Ich komme nun zu dem, was ich festgestellt habe. Selbstverständlich ist es richtig, für eine bessere Bezahlung einzutreten. Die Bezahlung ist für die verantwortungsvollen Aufgaben, die in der Pflege erbracht werden, sicherlich zu gering. Strukturell liegt das Problem allerdings eher darin, dass viele in der Pflege Beschäftigte keine Vollzeitstelle haben, also mit einer Zweidrittelstelle arbeiten, dann aber einen Arbeitseinsatz wie bei einer Vollzeitstelle haben. Ich bin mir sicher, dass Verdi dagegen vorgeht oder das kritisiert, das geht aber auch über reine Tarifverhandlungen hinaus. Wenn ich sehe oder von vielen Krankenschwestern und Krankenpflegern höre, die diese Arbeit mit Leib und Seele machen, dass sie das nicht mehr verantworten können, angestellt oder wie auch immer im Krankenhaus zu arbeiten, weil sie nicht wissen – Sie können die Arbeitsbedingungen nicht so verändern, dass sie tatsächlich verantwortungsvoll mit den Patientinnen und Patienten umgehen. Wenn wir dann wie gerade bei der Pflegedirektorin der Charité, die sich vehement für eine Verbesserung der Bedingungen eingesetzt hat, hören, dass sie jetzt das Handtuch schmeißt, dann zeigt das doch genau, welche Probleme es gerade in Berlin gibt und dass es dringend erforderlich ist, dem Pflegeberuf den entsprechenden Stellenwert zu geben, um zu erreichen, dass sich da etwas ändert.

So begrüßenswert ich die Initiative von Verdi finde und auch unterstütze, glaube ich – die Argumente wurden teilweise auch genannt –: So weit kann man in diese Arbeitsverhältnisse nicht einwirken. Da muss an anderer Stelle dafür gesorgt werden und einfach klar sein, dass, wenn eine Pflegekraft sagt: Ich kann das nicht verantworten, jetzt diese Arbeit so zu machen –, das entsprechende Gewicht findet und nicht die Möglichkeit des Arbeitgebers besteht anzuweisen: Du musst das aber machen, weil du ein abhängig Beschäftigter bist. – Um diese Frage geht es, dass wir mehr selbstbewusste Pflegekräfte brauchen, die ihre Arbeit auch selbstbewusst gestalten. Wir bräuchten da auch mehr Mut zum Whistleblowing, was wir gerade auch in der Altenpflege hatten – über die Situation will ich jetzt nicht reden –, nur: Das ist natürlich für abhängig Beschäftigte sehr schwierig, die um ihre Existenz fürchten. Hier, glaube ich, könnte eine Berufsorganisation, die den Kräften den Rücken stärkt, in dieser Weise hilfreich sein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Spies! – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Dann schlage ich vor, gehen wir in die nächste Runde. – Frau Vogler!

Christine Vogler (Landespflegerat Berlin-Brandenburg): Ja, interessant! Als Landespflegeratsvorsitzende und jemand, der 20 Jahre in der Pflege arbeitet – gelernt, in der Pflege gearbeitet, jetzt in der Bildung tätig, verantwortlich in der Bildung tätig, mit vielen Berufsgruppen, die in der Pflege arbeiten, mit allen Arbeitsfeldern zu tun habend –, ist diese Diskussion für mich ein Sinnbild dafür, wie Pflege ernst genommen wird, nämlich überhaupt nicht – das muss ich einmal so deutlich sagen –, oder zumindest nur dann, wenn sie sich erdreistet, ein Feld und einen Raum zu schaffen. Das muss ich wirklich mal so deutlich sagen. Es ist eine repräsentative Befragung in dieser Stadt durchgeführt worden. Sie ist in Auftrag gegeben worden. Es gab ein Jahr Vorlauf für diese Befragung. Es gab an vielen Stellen die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Einige haben das auch gemacht. Diese Befragung ist deutlich ausgefallen. Natürlich, an vielen Stellen sind die Details zu diskutieren. Darüber wollen wir gar nicht streiten. Ich bin seit über 20 Jahren in diesem System Gesundheit als Pflegende unterwegs, und die Pflege hat keine selbstverantwortliche Stimme. Und wenn wir heute hier darüber nachdenken, ob wir etwas schaffen, was anders ist als alles andere, was wir im System

haben, dann bedeutet das, dass wir wieder etwas für die Pflege schaffen, was kein Gewicht haben wird in der Form, wie die anderen Gewicht haben.

Ich will jetzt gar nicht mehr mit Zahlen arbeiten. Sie haben mit so vielen Zahlen um sich geworfen, und jede kann anders interpretiert werden. Die Situation, die sich mir heute darstellt – das geht dann auch bisschen in die Beantwortung der Frage: Was ist mit den Auszubildenden oder denen, die in die Weiterbildung oder in die Fortbildung kommen? –, ist: Ich werde ungefähr dreimal im Jahr gefragt, ob ich mich an einer irgendwie gearteten Geschichte mit einem Verband, mit dem Landespflegerat oder auch mit dem Schulbereich zur Akzeptanz der Pflege oder für irgendwelche anderen Dinge beteilige, damit man dem Beruf mal Anerkennung verschafft. – Das werden wir nicht mehr machen, weil der Beruf in der Gesellschaft keine Anerkennung braucht, die ist vorhanden. Uns fehlt aber die Anerkennung im System, in dem wir uns bewegen. Deswegen fordern wir das, was die anderen auch haben, wir fordern eine Kammer. Wie wir diese Kammer gestalten, wird uns – und dagegen kann nun wirklich keiner argumentieren – die Demokratie dieser Kammer sichern. Das werden die Pflegenden untereinander besprechen und nicht andere Menschen für die Pflege, und darum geht es. Es geht darum, eine gleichberechtigte Stimme zu bekommen.

Zur Frage Leitungskräfte, repräsentative Studie, eindeutiger Nachvollzug bei Frau Prof. Kollak: Das bitte ich generell im Detail noch mal nachzufragen, da bin ich jetzt auch nicht so drin. Das Design war aber so gestaltet, dass die Menschen, die dort ins Haus, in die Einrichtungen gingen, per Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Das waren die Pflegenden, die ihre tägliche Arbeit machen. Ich weiß nicht, ob da Leitungskräfte erfasst wurden. An der Stelle bitte ich nachzufragen. Ich denke aber nicht, dass die Leitungskräfte gefragt wurden.

Zu dieser Geschichte mit den 5,6 Prozent, die dann als Pro übrigbleiben, haben wir eine andere Interpretation der Zahlen. 5,6 Prozent sind das nicht. Es sind 58,8 Prozent. Die Bewertung, dass jemand grundsätzlich gegen die Kammer ist, wenn man fragt: Wie viel sind Sie bereit zu zahlen? –, und einer sagt: Ich bin nicht bereit, 20 Euro zu zahlen –, finde ich nicht adäquat.

Wir haben vorhin gehört, hier werden Gelder bei den Schwächsten im System abgezogen. Dieses System macht die Pflegenden zu den Schwächsten. Und jetzt verweigert dieses System das, was die anderen dürfen, nämlich eine Kammer gründen. Ich bin es auch leid, über diese Frage – – das muss ich sagen, da geht es mir langsam auch darum zu sagen: Mensch, hört doch, was wir sagen als Berufsgruppe! Wir beschäftigen uns seit 20 Jahren mit dieser Kammerfrage. Wir versuchen das seit 20 Jahren. Wir haben uns darüber gefreut, dass die Pflegenden Ja dazu gesagt haben. Jetzt bekommen wir in Berlin die Chance, dass es zu einer Kammer kommen kann. Es ist offensichtlich ganz schwer für Menschen, die nicht aus diesem Beruf kommen, uns das zu übergeben und uns zu überlassen, das auch selbstständig gestalten zu können. – Ich denke, Herr Meißner wird an der Stelle gleich weitermachen.

Vielleicht noch mal zu den Allgemeinwohlaufgaben: Wir haben für die Fort- und Weiterbildung für diese Stadt, schönsten Beispiel: Intensivweiterbildung, eine Regelung von 1986. Es macht echt Spaß, danach Weiterbildung zu machen. Das geht heute überhaupt nicht mehr. Da stand die Mauer noch, als diese Weiterbildung entwickelt wurde. In der vorigen Legislaturperiode unter Frau Lompscher wurden die letzten Stellen, die für die Pflege in der Verwaltung eindeutig zuständig waren, abgeschafft – auch das noch mal zum Thema Stellenwert der Pflege. Was ist hier Lippenbekenntnis, und was nicht? Bitte sorgen Sie dafür, dass wir eine Insti-

tution bekommen, die wir selber gestalten, wo wir die Qualität der Pflege im Bereich der Weiterbildung ordnen, in Bereichen auch der Zuarbeit für die politische Ebene Gesetze machen können im Bereich der Qualitätsstandards, die wir selber entwickeln aus unserer eigenen Profession heraus und nicht fremdgesteuert. – Es waren viele Fragen. Ich könnte noch sehr viel mehr dazu sagen. Ich gebe mal weiter an Herrn Meißner.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Herr Meißner, bitte!

Thomas Meißner (Allianz Pflegekammer Berlin): Vielen Dank! – Ich will zunächst zu zwei Fehlern Stellung nehmen, die ich vorhin gemacht habe: Erstens habe ich mich an die Zeit gehalten, und zweitens: Ich habe versucht, das zu sagen, was ich Ihnen vorher schriftlich erreicht habe. Hätte ich gewusst, dass es möglicherweise doch eine gewisse Freiheit in der Interpretation gibt, hätte ich das gleich genutzt.

Um mit Ihnen, Herr Dr. Albers, auf Augenhöhe zu sprechen, brauche ich weder Ihren noch meinen Gehaltszettel. Da geht es bei mir immer um Kompetenz und dass wir möglichst sachorientiert miteinander reden. Ich habe nicht gewusst, dass Ihre Zahlen so weit gehen – [Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Das sind Ihre Zahlen!] –, dann hätte ich wahrscheinlich auch einzelne Zahlen auseinandergenommen, um die hier demonstrativ zu machen.

Ich möchte auf die erste Frage antworten, wie bei der Expertenrunde die Pflegefachkräfte vertreten sind. Die Diskussion hat gezeigt, wie viele Menschen wissen, was die Pflegekräfte wollen, nur selten sind es die aus der Berufsgruppe. Die, die aus der Berufsgruppe befragt worden sind, haben ihre Position abgegeben, und jetzt nehmen Sie das auseinander. Ich bin schon erstaunt und frage mich, ob, wenn wir ein schlechtes Ergebnis wie in Hamburg bekommen hätten, Sie mit gleicher Intensität dafür gekämpft hätten, dass diese Befragung dann noch mal wiederholt wird oder wie auch immer. Ich will versuchen, das auch am Beispiel der Ärztekammer zu verdeutlichen: Weder bei der Ärztekammer noch bei der Psychotherapeutenkammer sind solche langen Debatten bei der Einführung dieser Kammern geführt worden. Die Psychotherapeuten haben sich vor sechs, sieben Jahren niedergelassen. Zugegeben, es sind ein paar weniger als die Pflege, aber diese Diskussion hat es auch im politischen Umfeld nirgendwo gegeben, und da gibt es auch sehr viele Angestellte, die in diesem Bereich tätig sind.

Was die Befragung der Hilfskräfte anbelangt: Ich kann ich mich nicht erinnern, dass man den medizinischen Fachangestellten nahegelegt hat, sich unter der Ärztekammer zu organisieren. Ich habe in einer Podiumsdiskussion einmal zu einem führenden Vertreter der Bundesärztekammer gesagt: Wenn Sie eine Gesundheitskammer möchten, dann sind wir auch dafür. Dann würden wir als Erstes die Ärztekammer abschaffen. – Da hat er gesagt: So haben wir das nicht gemeint. – Also, lassen Sie doch bitte die Pflege das entscheiden, was sie für richtig hält!

Zu den Kompetenzen einer Kammer: Mitwirkung bei Qualitätsstandards, Mitwirkung bei der Qualitätssicherung, Vergabe von Lizenzen, Beteiligung bei Gesetzgebungsverfahren, Ausgabe möglicher Heilberufeausweise, Gutachtertätigkeit, Schiedsstellentätigkeit, fachliche und rechtliche Beratung, Registrierung verfolgen: Wie sind die Bedarfe von beruflich Pflegenden? Wie viele Leute bleiben in diesem Beruf? Wer wandert wohin ab? – Wir haben ja nicht einmal valide Zahlen, ob das in Berlin 21 000 oder 28 000 sind bzw. 41 000 oder 43 000 in

Rheinland-Pfalz. Fort- und Weiterbildung, die Frage von Berufsethik. Sie haben vorhin angesprochen, dass der Deutsche Pflegerat 2004 eine Berufsordnung erstellt hat. Es wird dem einen oder anderen bekannt sein, dass ich Präsidiumsmitglied des Deutschen Pflegerates bin. Wissen Sie, diese Berufsordnung können wir zehnmal entwerfen. Die Frage ist nur: Wen interessiert es? Und wo findet sie Anwendung? – Ich sitze im Gemeinsamen Bundesausschuss und frage mich manchmal, wenn ich über die Hilfskraft reinkomme, dort als Experte des GKV-SV – dem Spitzenverband der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen – gehört zu werden, nur weil man sich nicht traut, der Pflege eine eigene Stimme zu geben: Da bitte ich Sie doch herzlich darüber nachzudenken, wie weit es wichtig ist, dass die Pflege eine Institution bekommt, wo sie zumindest einmal über das, was sie wirklich betrifft, selber nachdenken kann. Das ist in Berlin geschehen, und wir haben ein klares Ergebnis.

Was die Alternativen anbelangt – ich bemühe mich, etwas schneller zu sprechen, damit ich alles in die Antworten reinbekomme –: Alternativen gibt es nicht so viel. Und wenn Sie über Alternativen von Kammern nachdenken, das ist vorhin sehr schön gesagt worden, dann bitte über alle Kammern. Dann schaffen Sie die ab. Dann setzen Sie sich mit diesen Kolleginnen und Kollegen auseinander. Dieses politische Rückgrat – – Das hätte ich dann gerne gewusst, wie wir das in der Mehrheit umsetzen. Insofern fangen Sie jetzt bei der größten Gruppe im Gesundheitswesen an zu diskutieren. Auch die Schüler und Hilfskräfte sind herzlich willkommen, was die Meinung anbelangt, aber der Beruf muss sich doch selber um seinen Berufsstand kümmern. Ich möchte nicht von den Ärzten bevorzugt werden, auch nicht von politischen Gremien, sondern ich möchte als Pflegefachkraft selber entscheiden, was für mich entscheidend ist.

Was die Zahlen angeht, die Sie genannt haben, wissen Sie, das habe ich in politischen Auseinandersetzungen gelernt, dass man die immer nach links und nach rechts interpretieren kann. Aber eines wird immer deutlich in politischen Diskussionen: Wer für die Pflege ist und wer nicht für die Pflege ist. Dabei kann man auch differenziert sagen: Ja, wir überlegen noch im Prozess – damit kann ich gut leben. Wenn aber von vornherein gesagt wird, man ist dagegen, dass sich Pflege selber artikuliert, dann wird es schwierig für mich. Deshalb hoffe ich und fordere auch den Senat an der Stelle auf, genau das umzusetzen, was die beruflich Pflegenden in Berlin zum Ausdruck gebracht haben. Geben Sie doch bitte so viel Vertrauen in die Berufsgruppe, dass wir es möglicherweise besser machen als vielleicht eine Ärztekammer, eine Steuerberater- oder Rechtsanwaltskammer. Die Pflege hat die Chance verdient, dieses in die Hand zu nehmen. Rheinland-Pfalz – wir stehen in enger Abstimmung – wird zeigen, ob das funktioniert. Wir werden nicht alles besser machen, aber wir werden versuchen, es sinnvoller und basisorientierter zu machen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Herr Boeddinghaus, bitte!

Kai Boeddinghaus (Bundesverband für freie Kammern e. V.): Danke, dass ich noch einmal die Möglichkeit habe, das hier auszuführen! – Ich habe jetzt gelernt, dass ich als einer der Rädelsführer der Kritiker spreche. Ich werde nächste Woche mit meinem Therapeuten klären, ob das ein Kompliment war oder nicht. Ich habe mich eingangs ausdrücklich als jemand geoutet, der kein Pflegeexperte ist, und würde an dieser Stelle gerne deutlich machen, dass der Rädelsführer innerhalb unseres Verbandes, des Bundesverbandes für freie Kammern, der sich von Anfang an, und zwar mittlerweile seit vielen Jahren, intensiv mit dem Thema Pflege und Pflegekammer auseinandersetzt und dies energisch ablehnt, ein Kollege ist, der Vollzeitpfe-

ger in einem Krankenhaus in Baden-Württemberg ist und deswegen, weil er dort Pfleger in Vollzeit ist, so wahnsinnig viel Geld verdient, dass er schon seit Jahren einen kleinen gewerblichen Nebenbetrieb hat und mittlerweile weiß – und das unterscheidet ihn von vielen Befürwortern der Pflegekammern –, was Kammer und Kammerzwang bedeutet. Insofern nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass diese Kritik von Leuten kommt, die sowohl beruflich Erfahrungen als auch mit Kammern Erfahrungen haben.

Das Defizit dieser Debatte, insbesondere von den Befürwortern, wird immer wieder deutlich, wenn nur über das Thema Pflegekammer geredet wird. Sie reden immer über Pflegekammern, das ist das Problem. Sie geben sich nicht ansatzweise Mühe, zwischen der Frage zu differenzieren: Mache ich eine Pflegekammer? –, was durchaus geht, wozu ich überhaupt keine Kritik äußern würde –, oder mache ich eine Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft? – Das sind zwei unterschiedliche Werkzeuge, und solange Sie nicht in der Lage sind, zwischen diesen beiden unterschiedlichen Werkzeugen zu differenzieren, um sich dann möglicherweise für eins zu entscheiden – das wäre ja in Ordnung –, aber solange Sie sich noch nicht einmal die Mühe dieser Differenzierung geben, sind Sie in Ihrer Argumentation schlicht und ergreifend ungläubwürdig.

Wenn Sie Kammer als Zwangskammer verstehen, dann ist die Voraussetzung: Eine Kammer ist ein Grundrechtseingriff. Ein Grundrechtseingriff ist unter bestimmten Bedingungen gerechtfertigt, nämlich z. B. unter der Frage: Sind die Aufgaben adäquat – Sie haben sie gerade vorgelesen –, um einen Grundrechtseingriff zu begründen? Dann stellt sich im nächsten Schritt noch die Frage: Kann man die Ziele möglicherweise nicht auch anders, nämlich niedrigschwelliger erreichen? Mit dieser Debatte setzen Sie sich vorsichtshalber, ich kann das gut verstehen, erst gar nicht auseinander.

Es ist dann wieder das Stichwort „Stimme der Pflege“ gefallen. Ich habe mir die Frage gestellt, wenn Sie bei den Umfragen, die hier auseinandergenommen worden sind, wenn Sie die Befragten einmal gefragt hätten: Passt einmal auf! Was erhofft und erwartet ihr eigentlich von einer Pflegekammer? –, dann hätten nach Ihrer intensiven Öffentlichkeitsarbeit mit großer Wahrscheinlichkeit 70, 80 Prozent gesagt: Ja, natürlich Interessenvertretung. – Und dann hätten Sie denen erklären müssen: Das darf die gar nicht leisten. – Wie wäre dann diese Wahrnehmung, Abstimmung in der Pflege ausgegangen? Ich will ausdrücklich – Herr Dr. Albers, Sie haben das erwähnt –, auf die Verantwortungsübertragung auf das Individuum hinweisen. Der Herr Senator hat dann gesagt, Hilfskräfte wären herausgenommen worden. Und was ist mit den Physiotherapeuten und Ergotherapeuten? Er macht das Argument ja nur noch stärker an der Stelle: Am Ende läuft es darauf hinaus, dass tatsächlich eine Sonderabgabe der Pflege erhoben werden soll. Sie sind verantwortlich für ihre eigene Behörde, sie können sich selber organisieren, und dann dürfen sie es am Ende auch selber bezahlen.

Sie haben nach der Entstehung der Kammern gefragt, und da sind wir dann auch bei der Frage der Alternativen. – Die Industrie- und Handelskammern – das ist ja sozusagen das Wort und das Öffentlichkeitswirksamste, was wir an Kammern in Deutschland kennen – tragen das Institut der Zwangsmitgliedschaft wie eine Monstranz vor sich her. Ohne geht nicht. Ich will Ihnen ein schönes Beispiel erzählen: Die Handelskammer Hamburg – die zweitälteste Handelskammer in Europa, die älteste in Deutschland, gegründet 1665 – feiert in diesem Jahr ihren 350-jährigen Geburtstag. Von 1665 bis 1942 auf der Basis freiwilliger Mitgliedschaft; von 1942 bis 1945 mit Zwangsmitgliedschaft, Gauwirtschaftskammern. Von 1945 bis 1956 auf

der Basis freiwilliger Mitgliedschaft. Und selbstverständlich die ganze Zeit auch mit der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben. Alternativen: Wir sitzen in Berlin, und wir reden immer auch über Ausbildung, es soll ja vergleichbar sein. Natürlich kann man eine Industrie- und Handelskammer nicht an allen Stellen mit einer berufsständischen Kammer vergleichen, aber beim Thema Ausbildung kommt das schon ein bisschen näher zusammen. Nach dem Krieg hatte die IHK Berlin große Probleme, sich neu zu gründen. Ein dreiviertel Jahr, bevor der Kammerzwang in Berlin kam, hat der damalige Wirtschaftssenator in Berlin dem Kammerverein bereits die Aufgaben zur Berufsausbildung übertragen. Das geht durchaus im Wege der Subsidiarität.

Es hat natürlich Bestrebungen gegeben, auch andere Berufsgruppen zu verkammern. Es sollten einmal Fahrlehrerkammern gegründet werden. Das ist abgestürzt. In der niedersächsischen Debatte habe ich vor ein paar Wochen zum Thema Pflegekammer gehört, die Pflege wäre die einzige, die noch keinen Einfluss auf ihre Berufsausbildung nehmen könnte. Da habe ich mich spontan gefragt: Was ist mit den Erzieherinnen und Erziehern? Die Liste ließe sich fortsetzen. Diese Argumentation stimmt schlicht und ergreifend vorne und hinten nicht. Sie können eine Pflegekammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts einrichten – Frage der Alternativen. Sie können sie in Selbstverwaltung durchziehen, jawohl. Sie können öffentliche Aufgaben übernehmen, selbstverständlich. Und dann, wenn das öffentliche Aufgaben sind, dann soll doch, Entschuldigung, auch die öffentliche Hand das finanzieren. Warum sollen denn das ausgerechnet die Ärmsten im System, die Pflegekräfte, selber finanzieren? Und dann machen Sie für die Reklame und sagen: Wir vertreten die jetzt. Die wollen das alle. Die wollen gerne Beiträge bezahlen, um sich selber organisieren zu können.

Und da bin ich – Sie merken, ich werde ein bisschen ironisch, weil ich mit diesem Thema lange zu tun habe – beim letzten Punkt, Sie haben danach gefragt, Herr Albers, beim Thema Binnendemokratie. Ich habe das zweifelhafte Vergnügen, seit über zehn Jahren Mitglied einer Vollversammlung einer Industrie- und Handelskammer zu sein. Ich betreue Kolleginnen und Kollegen bundesweit in Plenen und Vollversammlungen – bei den berufsständischen Kammern nennen sie sich manchmal auch Gesamtversammlungen –, die dort versuchen, auch nur minimalste demokratische Standards zum Leben zu erwecken. Zum Leben zu erwecken, denn existieren tun sie dort nicht! Und dann kommen Sie im Bereich der Pflege daher und wollen uns erzählen – das haben Sie gerade noch einmal gesagt –, das können wir besser machen. Und dann gucke ich nach Rheinland-Pfalz, man kann ja möglicherweise von Rheinland-Pfalz lernen, könnte man, kann man tatsächlich. Man kann lernen, dass man im Bereich der Pflegekammer und der Organisation der Binnendemokratie in Rheinland-Pfalz wieder in der Steinzeit anfängt. In der Tat hat es bei den Kandidaturen in allen Kammersystemen immer das Institut der Stützunterschriften gegeben. Das war so. Ich glaube auch, da haben Sie vollkommen recht, dass man sich das damals bei den Kommunalverfassungen abgeguckt hat. Aber das ist ja nun schon ein paar Tage her. Wenn Sie sich das Kammerland angucken, dann stellen Sie fest, dass das Institut dieser Stützunterschriften entweder völlig auf dem Rückmarsch ist – das heißt, es gibt etliche Kammern, die das völlig abgeschafft haben –, oder viele andere Kammern haben zumindest die Quoren erheblich abgesenkt. Dazu gibt es übrigens auch Gerichtsurteile; im Bereich der Handwerkskammern haben das Bundesverwaltungsgericht oder der VGH Mannheim – ich weiß es jetzt nicht auswendig – gesagt: Mein lieber Freund! So hohe Hürden, das ist ein Fehler für die Demokratie. – Und was machen Sie in Rheinland-Pfalz? – Sie fangen wieder in der Steinzeit an – 150 Stützunterschriften.

Zum Thema Binnendemokratie – das ist der letzte Satz – ein Zitat eines hochrangigen Kammerjuristen, der immer noch arbeitet und dafür nicht gefeuert worden ist. Der hat gesagt, und das lässt sich an dieser Stelle strukturell auf die berufsständischen Kammern vollständig übertragen: Die Wahlen zu den Vollversammlungen der Industrie- und Handelskammern unterfallen nicht dem Geltungs- und Anwendungsbereich des Demokratieprinzips. – Und dann kommen Sie daher und sagen, wir können das alles besser. – Das finde ich mehr als tapfer.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Boeddinghaus! – Frau Kistler, bitte!

Anja Kistler (Geschäftsführerin der Pflegekammer Rheinland-Pfalz): Danke schön! – Das war jetzt einmal ein wirklich wichtiger Hinweis. Ich fange mal mit einem persönlichen Wort an: Wenn Sie mich fragen, ob ich Steuern zahlen will und wie viel, aber wenn die Ob-Frage dabei ist, würde ich vielleicht auch überlegen, ob ich vielleicht nur 2 Prozent Steuern zahlen will – oder was auch immer. Das nur mal so als Nebenaspekt zur Bewertung dessen, ob man einen Kammerbeitrag zahlen möchte oder nicht, wenn man das in einer Befragung gefragt wird.

Aber jetzt zu dem spannenden Aspekt, den Sie von mir hören wollen: Wie hoch ist der Beitrag, wie ist er für Rheinland-Pfalz kalkuliert? – Ich werde Sie enttäuschen. Diese Aussage obliegt der Vertreterversammlung. Der Gesetzgeber hat dem Gründungsausschuss in Rheinland-Pfalz diesen Marathon angetan, dass man quasi von Januar bis Dezember eine Registrierung auflegen muss, damit eine gute Wahl umgesetzt werden kann, und hat ganz klar gesagt: Der Gründungsausschuss ist nur für Registrierung und Wahlvorbereitung zuständig. Alles andere muss dann die Vertreterversammlung gut auf den Weg bringen.

Thema Haushalt: Pflegende sind es gewohnt, aus wenig viel zu machen. Ich lade Sie gerne in die Gärtnergasse 3 ein. Sie werden entsetzt sein, in welchen unrepräsentativen Räumen wir arbeiten, denn unser Ziel ist, Dinge umzusetzen und nicht viel Geld für irgendwelche Mieten auszugeben, und glauben Sie mir, Mainz ist teuer. Das heißt, wir haben momentan natürlich mehr Ausgaben, weil diese ganze Registrierung gestemmt werden muss. Glauben Sie mir, Sie brauchen diese Zahlen. Sie müssen wissen, wie viele Pflegende innerhalb von zwei Jahren nach der Ausbildung den Beruf verlassen, um gegensteuern zu können. Rheinland-Pfalz hat im Gesetz ein Weiterbildungsregister vorgesehen. Sie müssen wissen, wie die Qualifikationsstände sind, um sich für mehr Geld im System einzusetzen. Sie sollten auch wissen, wie viele Kollegen wegen der schlechten Arbeitsbedingungen z. B. in die Schweiz gehen, weil sie da die Weiterbildung sofort finanziert bekommen. Also: Nutzen Sie bitte dieses System, dass Sie über die Kammern gerade in der Pflege Daten, Zahlen und Fakten bekommen können!

Es wurde gesagt, dass die im Pflegeberuf Tätigen überwiegend abhängig beschäftigt sind. Sie wissen gar nicht, wie viele Kollegen sich selbstständig gemacht haben und pflegerisches Wissen für die Selbstständigkeit nutzen. Das ist die große Blackbox an der Stelle.

Natürlich muss ein Haushalt vom aufsichtführenden Fachministerium genehmigt werden. Das heißt, natürlich werden wir auch nur ausgeben können, was wir haben. Wer entscheidet denn über diese Beiträge? – Das sind die Kollegen, die in ambulanten Pflegediensten arbeiten, das sind die Kollegen, die in der Klinik arbeiten. – Zu dem Thema, dass sich die Altenpfleger nicht darstellen können: Mich hat erreicht, dass zwei große Träger gerade dabei sind, Listen vorzubereiten, und beiden ist klar, sie müssen die Liste so gestalten, dass jemand aus der Kli-

nik, jemand aus der Altenhilfe, also die, die die Altenhilfe vertreten, auch gute Listenplätze bekommen. Diese Gemengelage ist klar. Wir wissen, dass Verdi im Zuge dieser guten Anbahnung der Zusammenarbeit natürlich auch prominent in der Vertreterversammlung ist.

Alle, die momentan in Rheinland-Pfalz zum Thema Kammerentwicklung aktiv sind, versuchen, das seriös zu machen, haben gut geguckt, was die anderen Kammern machen und wollen auch hier gute Demokraten sein. Das müssen Sie den Kollegen, die da am Start sind, einfach abnehmen.

Eine Frage war noch: Wie kann sich die Kammer z. B. in die Mindestpersonaldiskussion einbringen? – Ganz ehrlich: Wenn die Kammerausschüsse und -organe sich des Themas annehmen, dann kann natürlich auch einmal eine Studie in Auftrag gegeben werden, oder, oder. Genau daran hängt es ja, dass wir auch hier zu wenige Daten haben.

Es wurde kritisiert, dass auf einer alten Folie von einem Vortrag, den ich in einer ganz anderen Rolle gehalten habe, so viele Ausschüsse etc. standen. – Das waren natürlich erst einmal Ideen, was es sein könnte. Ich habe diese Woche mit zwei Kolleginnen Kontakt gehabt, die unbedingt wollten, dass ganz schnell ein Aus- und Fortbildungsausschuss gegründet wird, in dem sie mitarbeiten wollen. Das z. B. brennt gerade vor Ort. Ansonsten hat das aber natürlich mit den Aktivitäten unserer eigenen Berufsgruppe zu tun. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Kistler! – Herr Kunkel, bitte!

Kalle Kunkel (Verdi – Landesbezirk Berlin-Brandenburg): Ich möchte einsteigen mit der Frage: Was kann über die Repräsentanz in den Kammern an den Rahmenbedingungen geändert werden? Das ist ein Aspekt, den Herr Czaja aufgeworfen hat. Ich finde, das ist einer der entscheidenden Punkte darin, denn das, was wir als Verdi vermuten oder immer befürchtet haben – nämlich dass die Politik über die Einrichtung der Kammern anfängt, ihre Verantwortung in die Strukturen der Selbstverwaltung und in die Selbstverwaltung der Kolleginnen und Kollegen abzugeben –, das fängt hiermit schon an.

Der G-BA wurde fast 20 Jahre lang von der Bundesregierung beauftragt, eine Pflege-Personalregelung – PPR – einzuführen. Nachdem er sich dem über Jahrzehnte hinweg geweigert hat, hat man 1992, 1993 die PPR eingeführt und sie dann vier, fünf Jahre später wieder außer Kraft gesetzt. Wenn jetzt jemand auf die Idee kommt, dass durch die Einrichtung einer Kammer, die dann eine Studie erstellt – wir haben kein Erkenntnisproblem, wir haben von Verdi-Seite drei Studien zu der ganzen Frage in Auftrag gegeben –, das heißt, wenn jetzt jemand glaubt, dass durch die Einrichtung einer Kammer, über die dann irgendeine Form von Repräsentativität der Pflege im G-BA stattfindet – das muss dann auch erst mal noch stattfinden –, auf einmal Personalbemessungsregelungen verankert werden, dann nimmt der die Politik aus der Verantwortung für genau diesen Bereich, wo es sowohl um die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen als auch um die Bedingungen geht, unter denen gepflegt wird, und wo es um eine massive Ressourcenfrage geht. Das heißt, hier beginnt schon jetzt, in der Gründungsdiskussion genau dieses Rausgehen der Politik aus der Verantwortung, wie es exemplarischer nicht gezeigt werden kann. Wir haben hier tatsächlich ein massives System der Verantwortungslosigkeit, wo alle Akteure – des Landes, des Bundes, des G-BA, der Krankenkassen – die ganze Zeit die Verantwortung hin- und herschieben, und jetzt kommt ein weiterer Akteur hinzu. Das ist wirklich kafkaesk.

Ich finde in der Diskussion immer ganz interessant, dass die Befürworter der Pflegekammer sich hinstellen und sagen: Wir sind die Pflege. – Ich will mal sagen: Verdi ist die größte Interessenvertretung von Pflegekräften, die es in Deutschland gibt. Wir haben allein an der Charité mehr Pflegekräfte organisiert, als sich an dieser Umfrage beteiligt haben. Das nur mal dazu. – [Thomas Isenberg (SPD): Wie viel Prozent sind es denn?] – Das unterscheidet sich doch von Branche zu Branche – [Ah! – von der CDU] –, von Bereich zu Bereich. Lassen Sie es 10 bis 15 Prozent sein! Das sind die Größenordnungen, damit müssen wir auch nicht geheimniskrämerisch umgehen. – [Ulker Radziwill (SPD): Hauptsache, es ist repräsentativ und gut. Weiter so!] – Die Gewerkschaften und auch die Pflegekolleginnen und -kollegen in den Gewerkschaften haben sich zu der Frage positioniert – –

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Herr Isenberg! Herr Ludewig! Sie kommen ins Klassenbuch, wenn Sie so weitermachen! – Herr Kunkel, bitte!

Kalle Kunkel (Verdi – Landesbezirk Berlin-Brandenburg): Die Gewerkschaften haben sich in Form von Beschlüssen ihrer demokratischen Gremien zu der Frage positioniert, und was hier de facto stattfindet, ist, dass Gewerkschaftsmitglieder, die gleichzeitig Pflegekräfte sind, so ein bisschen aus der Berufsgruppe Pflege exkommuniziert werden. Das finde ich hochgradig problematisch in der ganzen Diskussion, weil da so getan wird – das wurde auch von Herrn Boeddinghaus schon angesprochen –: Die Pflege spricht mit einer Stimme. – Natürlich werden – auch in den Versammlungen und wenn Pflegekammern kommen – die unterschiedlichsten Positionen zur Pflege eingebracht und diskutiert. Dann wird es da Mehrheitsentscheidungen geben, und in den Mehrheitsentscheidungen werden bestimmte Positionen, die in der Berufsgruppe Pflege existieren, repräsentiert sein und andere nicht. Die Frage, mit welcher Transparenz und Demokratie, ist dann immer noch die zweite.

Wo die Zahl herkommt, dass 71 Prozent der Verdi-Mitglieder in Schleswig-Holstein für die Pflegekammer sind, das entzieht sich meiner Kenntnis. Natürlich arbeiten wir als Verdi an den Stellen, wo die Kammern zustande kommen, in den Kammern mit. Das ändert aber nicht grundsätzlich etwas an der Kritik, denn wenn diese Kammern entstehen und dort dann Ent-

scheidungen getroffen werden, wirken die natürlich sofort zurück auf die Arbeitsverhältnisse. Das fängt schon bei dem Mitgliedsbeitrag an und geht weiter bis zur Frage: Was für Verpflichtungen zur Fort- und Weiterbildung werden da hineingeschrieben? Wie verpflichtend sind die? Was für Auswirkungen hat das auf Arbeitszeit usw.? Deswegen ist klar, dass wir, wenn so ein Institut entsteht, da einsteigen. Auch Verdi Rheinland-Pfalz hat eine grundsätzliche Kritik an der Pflegekammer, bringt sich aber trotzdem da ein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Kunkel! – Herr Thomes!

Christian Thomes (Leiter Gesundheits- und Sozialpolitik beim Caritasverband für das Erzbistum): Ich mache es ganz kurz. Sie hatten nach der Angst der Wohlfahrtsverbände vor der Organisation der Pflegekräfte gefragt. Also, da kann ich Sie beruhigen. Unsere Angst, wie auch in dem Schreiben ausgeführt, besteht allein darin, dass wir Sorge haben, dass diese Debatte von dem eigentlichen Thema ablenkt: Wir haben schlechte Standards. Die schlechten Standards haben wir, weil wir die Pflegekräfte nicht ausreichend vergüten können. – Das ist das zentrale Problem, das wir zurzeit in der Pflege sehen. Wir sehen auch heute in der Debatte: Da gibt es auf einmal eine hohe Emotionalität bezüglich der Einrichtung der Pflegekammer. Wir würden uns wünschen, dass diese gleiche Emotionalität für die Verbesserung der Personalschlüssel und die Verbesserung der Bezahlung der Mitarbeiter entstehen könnte. Wenn das mit dieser Emotionalität hier im Hause geschehen wäre, dann hätte es sicherlich auch Parteien gegeben, die hier alle schon Verantwortung für diesen Bereich gehabt haben, um diese Standards zu verbessern. Wir sehen die Probleme sowohl in der Regierung, die das nicht ausreichend vertritt, als auch bei den Kassenvertretern, die hartnäckigst verweigern, hier die Prozentpunkte für die Vergütung anzuheben. Das ist aus unserer Sicht das zentrale Problem, und wir befürchten, dass die Emotionalität hier in die falsche Richtung gelenkt wird. Alles Weitere zu den Zahlen sagt mein Kollege.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Herr Matz, bitte!

Martin Matz (Diakonisches Werk): Aber nur ganz kurz. Ich wollte nur noch sagen, da ich auch Vorsitzender des Landespflegeausschusses bin und deswegen – so wie alle anderen hier auch – die Landschaft mit den vielen Gremien kenne, die wir jetzt schon haben: Man kann schon Zweifel haben, ob, wenn man dem zehnten Gremium noch ein elftes hinzufügt, die Interessenvertretung insgesamt wirklich besser wird. Das ist zumindest ein Fragezeichen, das man setzen muss. Wir sind deswegen nicht rabiat gegen die Pflegekammer, das haben Sie gemerkt, aber wir haben zumindest Zweifel und Skepsis, was passiert, wenn man sie einführt. Deswegen sind wir aber nicht davon berührt, wie Sie das formuliert haben, Frau Villbrandt!

Sie haben aber noch etwas anderes gesagt, das würde ich gern klarstellen. Sie haben gesagt, wir seien ein Arbeitgeberverband. Das würde ich gern zurückweisen. Wir sind keine Arbeitgeberverbände. Es wird auch der sozialanwaltlichen Rolle der Wohlfahrtsverbände nicht gerecht, uns da einzusortieren. – [Zuruf von Jasenka Villbrandt (GRÜNE)] – Außerdem: In meiner Geschäftsstelle im Diakonischen Werk gibt es sowohl das Büro des Dienstgeberverbandes der Diakonie wie auch das Büro der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretung, und wir fühlen uns beiden gleichermaßen verpflichtet, wenn wir zu solchen Themen öffentlich auftreten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Matz! – Damit ist der Tagesordnungspunkt zunächst abgeschlossen. Wir werden die Diskussion noch mal aufnehmen, wenn das Wortprotokoll vorliegt, und vertagen sie insofern.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/2161

**Inklusives Wahlrecht in Berlin: Diskriminierung von
Menschen mit Behinderung beenden
(Änderung des Landeswahlgesetzes)**

[0235](#)

GesSoz
InnSichO(f)
Recht

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/2149

**Ankommen – Teilhaben – Bleiben. Flüchtlingspolitik
für Berlin
Hier: Gute Arbeit auch für Flüchtlinge**

[0242](#)

GesSoz
ArbIntFrau(f)
Haupt

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.